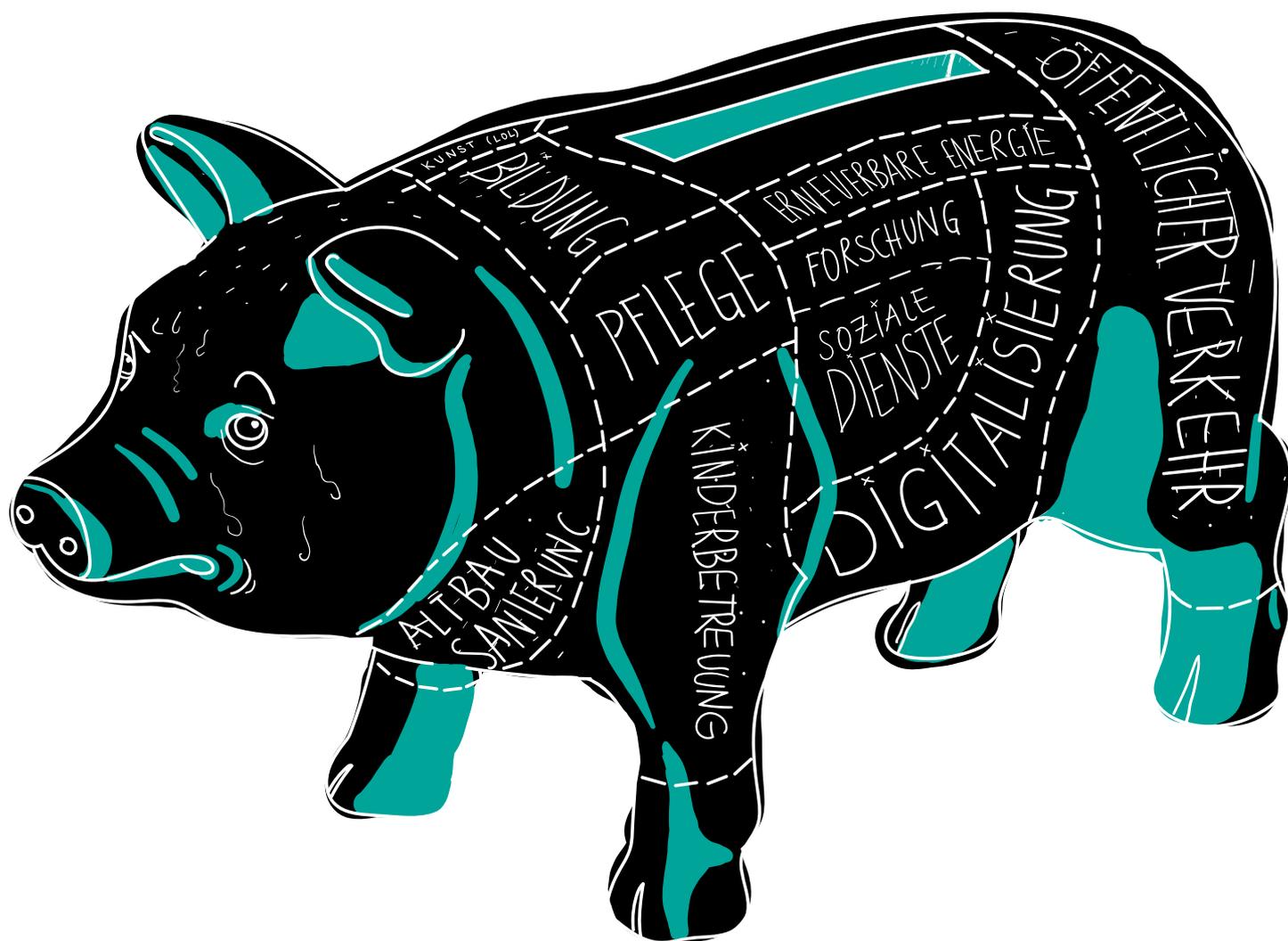


Arbeit & Wirtschaft



Wie viel darf's sein?

Mitten in der größten Wirtschaftskrise, die Klimakrise längst auf dem Tisch, ist eines klar: Mit Sparmaßnahmen schneiden wir uns nur ins eigene Fleisch.

Wer spart, verliert / 12

Dringende Gründe für eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben

Investitionen in ein gutes Leben / 16

Im Gespräch mit WIFO-Chef Christoph Badelt

MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
 ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
 THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
 MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
 MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
 WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
 SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Eva Angerler, Martina Chlestil, Wolfgang Dorninger, Johannes Greß, Michael Heiling, Thomas Jarmar, Michael Mazohl, Anja Melzer, Willi Mernyi, Robert Misik, Miriam Mone, Sebastian Panny, Brigitte Pollar, Eva Reisinger, Katharina Rogenhofer, Alexandra Rotter, Christian Domke Seidel, Irene Steindl, Leo Stempfl, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort

Wien

Herstellungsort

Neudörfel

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Johannes Bagga, Daniel Kern
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Hinter den Kulissen



Nachdem Eva Reisinger gerade ihr erstes Buch („Was geht, Österreich?“, KiWi Verlag) veröffentlicht hat, feiert sie nun auch bei uns ab **Seite 30** Premiere – und zwar mit einer tollen Lehrlings-Reportage.



Für unseren riesigen Betriebsrats-Report ab **Seite 38** haben sich Autorin Irene Steindl und Fotograf Markus Zahradnik auf einen Roadtrip durch halb Österreich begeben. Bei diesem Foto sind sie gerade in Steyr.

© Markus Zahradnik

Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen



ANJA MELZER
 MICHAEL MAZOHL
 REDAKTION

Trost- und fantasielos zieht sie sich auf 21 Kilometer Länge durch die Bundeshauptstadt. Eine Insel ohne Menschen, für die Abermilliarden Schilling versenkt wurden. Glaubt irgendwer, dass ausgerechnet die Wiener*innen darauf kilometerlange Spaziergänge machen werden?

Das und Ähnliches schrieb die „Kronen Zeitung“ anno 1973 über die Donauinsel, deren eigentlicher Zweck weniger in der Naherholung liegt, sondern im Hochwasserschutz. Vielleicht war die Bedeutung des Mammutprojekts für die Stadt von seinen Gegner*innen damals wirklich nicht absehbar – ein Schicksal, das sich „die Insel“ mit vielen Investitionsprojekten teilt. Das hat sich in den 50 Jahren seither nicht wirklich geändert. Die Begegnungszone der Mariahilfer Straße ist im Vergleich dazu zwar nur ein „Pimperl“, wurde aber bis vor Kurzem ähnlich kontrovers diskutiert. Die Gegner*innen mobilisierten mit Unterschriftenaktionen, der Handel auf der Einkaufsstraße sah sich lebendig begraben. Mittlerweile fordert die Wirtschaftskammer ähnliche Begegnungszonen für jeden Bezirk.

Aus der Krise rausinvestieren

Der Nutzen von Investitionen geht über ihren eigentlichen Zweck weit hinaus. Kurz- bis mittelfristig schaffen Investitionen etwa eine Menge Arbeitsplätze. Langfristig profitieren zum Teil noch Generationen nach uns von den Investitionen, die wir heute wagen.

Arbeitsplätze können wir gerade dringend brauchen, und was wir nebenbei auch ziemlich dringend lösen müssen, ist diese leidige Sache mit der Klimakatastrophe. Die bietet Investitionsmöglichkeiten ohne Ende. Oder der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Digitalisierung ... Die Liste könnte lange fortgesetzt werden.

Aber können wir uns das leisten? Die kurze Antwort lautet: Ja. Ausführlicher betrachtet: Wir müssen es uns leisten. Wir wären sogar dumm, es nicht zu tun. Die Klimakatastrophe findet statt, Digitalisierung & Co. werden immer schneller. Und das Geld? Das wird den Staaten am Kapitalmarkt mit Negativzinsen – also so, dass Österreich an seinen Schulden verdient – nachgeworfen. Die nachfolgenden Generationen werden es uns danken. Das sagte übrigens auch schon Helmut Kohl – der Titel dieser Seite ist übrigens ein Zitat von ihm. ▸

Inhalt

SEID UMSCHLUNGEN, MILLIARDEN

06 Endlich wurde ein Milliardenpaket geschnürt, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten aus der Krise rausfinanzieren können. Doch wie einsetzen? Unsere Coverstory beleuchtet, was uns bei den drängenden Problemen jetzt am meisten helfen würde.

LEIDER EIN SPIEGEL DER GESELLSCHAFT

26 Was in manchen Branchen längst geregelt wurde, ist im Gesundheits- und Sozialbereich trauriger Alltag: Pflichtpraktikant*innen müssen gratis arbeiten. Wie sich fehlender Lohn und mangelnde Anerkennung gesellschaftlich auswirken.

HART, ABER AUCH HERZLICH

38 Sie waren in den vergangenen Monaten Anker und zentrale Vermittler*innen: Betriebsrät*innen. Wir haben uns im ganzen Land umgehört, was Betriebsratsarbeit im Krisenmodus wirklich bedeutet – für die Betriebsratsmitglieder selbst und alle anderen.

Den Sparstift lieber zur Seite legen	12
In welchen Bereichen Spitäler dringend Geld brauchen	
Aus der Coronakrise für die Klimakrise lernen – nur was?	15
Die „große Frage“ beantwortet von Katharina Rogenhofer	
Keine Sorgen wegen der Schulden!	16
WIFO-Chef Christoph Badelt im Interview	
Nicht ohne doppelten Boden	20
Warum eine CO ₂ -Steuer allein noch keine Probleme löst	
Immer weiter, aber ohne Gerscht!	22
ÖGJ-Vorsitzende Susanne Hofer zu den Sorgen junger Menschen	
Bildung am Schirm	24
Die Krisenmaßnahmen der Regierung im Gerechtigkeits-Check	
Jung und perspektivlos	30
Wie ewige Lockdowns Gastro-Lehrlinge besonders hart treffen	
Wie geht's den Leuten in Gastronomie und Hotellerie?	33
Drei Betriebsrät*innen berichten	
Die Räte-Evolution	34
Wie die Corona-Krise den Gewerkschaften neuen Aufwind gibt	
Es geht nur gemeinsam	37
Ein Beitrag zur künstlichen Intelligenz auf dem A&W-Blog	
Die Flamme der Begeisterung	44
Die Historie über Käthe Leichter als Betriebsrätin	
In Zukunft mit Betriebsrat	46
Das letzte Wort hat der Leitende ÖGB-Sekretär Willi Mernyi	



Arbeit&Wirtschaft Abendpost

Hoch die Beine und mal kurz den Ablenkungen und Pflichten des Alltags entfliehen: Die Arbeit&Wirtschaft Abendpost versorgt dich zu Feierabend mit Informationen und Empfehlungen zu den aktuellsten Beiträgen unserer Online-Ausgabe! Unsere Autor*innen höchstpersönlich melden sich dazu regelmäßig in deinem Postfach.

Wie du dazu kommst?

Ganz einfach: Melde dich an zu unserem Newsletter!

www.arbeit-wirtschaft.at/abendpost

f t i y /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at



Seid umschlungen, Milliarden

Die Europäische Union hat ein Milliardenpaket geschnürt, damit sich die Mitgliedstaaten aus der Krise finanzieren können. Das ist auch nötig. Doch wichtige Investitionen drohen an konservativer Politik zu scheitern.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Sie adoptieren Affen in Reservaten. Spenden Spielekonsolen an Kinderkrankenhäuser. Zahlen Studienkredite zurück. Überbrücken Arbeitslosigkeit. Begleichen Schulden für Häuser, Strom und Medikamente. Kurzum: Sie haben viele Aufgaben übernommen, die ansonsten ein Sozialstaat gemeistert hätte. Sie, das sind Abertausende vergleichsweise junge Kleinaktionäre. Die größte Gruppe stammt wahrscheinlich aus den USA. Sie haben sich gegen Hedgefonds verbündet, die auf fallende Kurse bei Tesla, Gamestop und AMC wetten. Der andauernde Sturm auf die Wertpapiere führt dazu, dass die Kurse steigen. Die Hedgefonds verlieren Milliarden.

Viele stecken Teile ihres Gewinns in soziale Bereiche. Und seien es nur ihre eigenen. Ein Trost für die Hedgefonds: „Ihr Geld ist nicht weg, mein Freund, es hat nur ein anderer.“ Neoliberale pflegen sich bei diesem Zitat zuzuzwinkern (es wird Amschel Meyer Rothschild zugeschrieben und soll aus dem 18. Jahrhundert stammen). Geht es nach den Kleininvestoren, ist deren Zeit jetzt vorbei. Sie sehen in der Börsenjagd auf Hedgefonds ein Zeichen dafür, dass sich der Markt gerade ändert. Dass er nachhaltiger wird. Menschenfreundlicher.

An nicht weniger arbeitet auch die Europäische Union mit dem Green Deal. Eine Wachstumsstrategie, die „darauf abzielt, dass Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird, dass der Ressourcenverbrauch vom Wachstum abgekoppelt wird und es einen sozial gerechten Übergang zur Klimaneutralität gibt“, erklärt Norbert Templ. Er ist Referent in der Abteilung EU und Internationales der Arbeiterkammer Wien.

Der Green Deal soll dazu führen, dass sich die Europäische Union aus der Corona-Krise heraus investiert; sich also am eigenen Schopf aus dem Krisensumpf zieht. Das Entscheidende dabei ist jedoch, dass die Wirtschaft aller Länder neue Wege beschreiten muss. Es darf nicht darum gehen, den Status wieder zu erreichen, der vor der Krise geherrscht hat. Vielmehr soll die Wirtschaft neu gedacht werden.

Nicht zurück zum alten Status quo

Denn im Schatten der Pandemie vergessen viele, welche Probleme es 2019 noch gab. Die bringt Ernst Tüchler, stellvertretender Leiter des Volkswirtschaftlichen Referats im Österreichischen Gewerkschaftsbund, auf den Punkt: „Wir hatten 2019, in der zweiten Jahreshälfte, einen sehr starken Wirtschaftsabschwung. Die Wachstumsprognosen tendierten gegen null, und die Arbeitslosenzahlen wurden nach oben korrigiert. Wenn wir zu so einem Konzept wie vor der Krise zurückgreifen, dann sind wir in kürzester Zeit wieder dort. Die Zyklen von Auf- und Abschwung sind viel schärfer, als sie vor zwanzig oder dreißig Jahren waren.“

Und auch das Problem der Arbeitslosigkeit wird heruntergespielt. Aktuell gibt es in Österreich 500.000 arbeitssuchende Menschen. Eine Million Menschen seien im Jahr 2020 außerdem von Arbeitslosigkeit betroffen gewesen, erklärt Ilse Leidl-Krapfenbauer, Referentin für Arbeitsmarktpolitik in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der Arbeiterkammer Wien. Betroffen, das bedeutet, dass sie im abgelaufenen Jahr mindestens einen Tag arbeitslos waren.

Doch so dramatisch diese Zahl ist und so schlimm die einzelnen Schicksale dahinter sind, muss sie im Vorjahresvergleich gesehen werden: „Schon vor der Corona-Krise gab es fast 900.000 Betroffene von Arbeitslosigkeit in einem Jahr. Jetzt sind es mehr als eine Million Menschen. Für viele Menschen gehört eine gewisse Phase an Arbeitslosigkeit leider zum Erwerbsverlauf dazu.“ Die aktuelle Statistik wird dadurch zwar nicht besser, diese Zahl macht aber deutlich, wie sinnlos es wäre, zum alten Status quo zurückkehren zu wollen.

Dazu hat die Corona-Pandemie systemimmanente Brandherde aufgezeigt. Einer davon ist die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. „Wir hatten bei der Zahl erwerbsarbeitsloser Frauen im Februar 2021 einen Anstieg um 40,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Bei den Männern waren es 24,6 Prozent“, rechnet Leidl-Krapfenbauer vor.

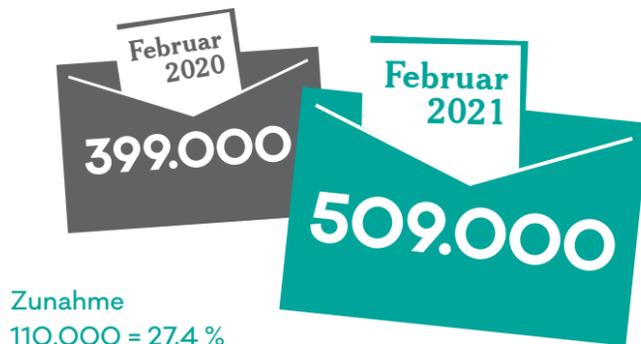
Und das, obwohl es Frauen sind, die in den Berufen arbeiten, die als systemrelevant vom Balkon aus beklatscht wurden. Wenn schon sonst für nichts, so war die Geste zumindest für eine Sache

gut: „Ich habe den Eindruck, dass vielen Frauen hier erstmals bewusst geworden ist, welche bedeutende Rolle sie hier überhaupt haben“, beschreibt Ingrid Moritz die Situation. Sie ist Leiterin der Abteilung Frauen und Familie der Arbeiterkammer Wien.

Jenseits des Balkonklatschens ist dann auch tatsächlich nichts passiert, wie Moritz konsterniert feststellt: „Bei der Bezahlung hat sich nichts getan. Bei den Arbeitsbedingungen – die sind vor allem in der Pflege ein riesiges Thema – hat sich nichts getan. In der Reinigung – dort sind Randarbeitszeiten ein Problem – hat sich nichts getan. Es gab Anerkennung. Das war aber nur Lob und kein echtes Honorieren.“



Arbeitslos oder in Schulungen



Klischeerollen

Was aber passierte, war eine Re-Traditionalisierung der Arbeitsteilung. Die Frauen blieben in der Pandemie verstärkt zu Hause, um sich um Kinder, Angehörige und Haushalt zu kümmern. Selbst das Weltwirtschaftsforum (WEF) schlug Alarm. Die Gleichberechtigung der Frauen sei um Jahrzehnte zurückgeworfen worden. Das WEF macht die Entwicklung am Beispiel Deutschlands fest. Hätten sich alle Statistiken zum Thema Gleichberechtigung so weiterentwickelt wie bis zum Jahr 2019, hätte Deutschland noch 95 Jahre bis zur vollkommenen Gleichstellung gebraucht. Jetzt geht das WEF von 136 Jahren aus.

Dieser Tiefpunkt liefert aber die perfekte Antwort darauf, wie sich Europa im Allgemeinen und Österreich im Speziellen aus der Krise herausfinanzieren können. Denn für das Problem fehlender Gleichstellung zwischen Mann und Frau gibt es Lösungsansätze. Zumindest die ersten Schritte wären leicht. Moritz zeichnet sie vor: „Wichtig ist, dass das Problem der Kinderbetreuung und Elementarbildung gelöst wird. Betreuungsprobleme sind eine Barriere für Frauen am Arbeitsmarkt. Investitionen an dieser Stelle rentieren sich. Sie schaffen 27.000 Arbeitsplätze direkt in der Kinderbetreuung.“

Aber gibt Österreich in diesem Bereich nicht ohnehin schon viel Geld aus? – Nein. Im Gegenteil. „Es gibt eine Erklärung der Sozialpartner und Interessenvertretungen, dass man bei den Ausgaben auf den EU-Schnitt von einem Prozent des BIP für Elementarbildung aufschließen möchte. Im Moment sind es 0,64 Prozent. Bis jetzt ist da aber noch nichts in der Richtung getan worden.“

Ingrid Moritz, AK Wien, fordert Investitionen in die Kinderbetreuung und Elementarbildung, denn: „Betreuungsprobleme sind eine Barriere für Frauen am Arbeitsmarkt.“

Mit Betonung auf „bis jetzt“. Denn die Europäische Union hat den Green Deal beschlossen. „Herzstück des Konjunkturpakets ist die Aufbau- und Resilienzfazilität in Höhe von 672 Milliarden Euro. Von diesen 672 Milliarden Euro sind 312 Milliarden Zuschüsse und 360 Milliarden Darlehen. Österreich bekommt über drei Milliarden an Zuschüssen“, rechnet Norbert Templ vor.

Doch das Geld gibt es nicht geschenkt, gibt Frank Ey, Referent in der Abteilung EU und Internationales der Arbeiterkammer Wien, zu bedenken: „Vorbedingung für das Abrufen der Gelder ist unter anderem, dass man Investitionen tätigt, die dem Green Deal entsprechen. Generell soll man Projekte für intelligentes, nachhaltiges Wachstum vorschlagen, darunter insbesondere in die Digitalisierung und Maßnahmen für die nächste Generation.“

Die Bundesregierung muss diese Projekte einreichen, die EU-Kommission genehmigt sie dann. Für die Einreichung gibt es eine Deadline: Freitag, den 30. April 2021. Sind die Papiere bis dahin nicht in Brüssel, gibt es kein Geld. Als eines von gerade einmal sechs Ländern hat Österreich – jedenfalls bis zum Redaktionsschluss – noch kein Konzept eingereicht. Ärgerlich. Denn das Konzept kann auch abgelehnt werden. Wenn die Projekte nicht den Nachhaltigkeitsrichtlinien entsprechen.

Oder wenn es sich um Projekte handelt, die ohnehin schon im Budget eingeplant waren. „Wenn ein Programm nur aus Umschichtungen besteht, läuft die Fazilität ins Leere“, erklärt Templ. Zudem ist es nicht erlaubt, dass Nationalstaaten aus der Aufbau- und Resilienzfazilität ihren Haushalt ausgleichen.



Quelle: AK Wien

„Wir haben eine Langzeitbeschäftigungslosigkeit, die stark wächst. Das bereitet uns Sorgen.“

Ilse Leidl-Krapfenbauer, AK Wien

EU-Recht und Haushaltsplanung sind kompliziert. Deswegen bat die Bundesregierung um Vorschläge, wie das Geld verwendet werden könnte. Die Arbeiterkammer übermittelte ein Papier, in dem sie fünf Offensiven vorstellt, mit denen sich Österreich aus der Krise investieren kann:

- Offensive Arbeitsmarkt, Bildung und Digitalisierung
- Offensive soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität
- Offensive Armutsbekämpfung
- Offensive ökologischer Wandel
- Offensive klimagerechte Städte und Gemeinden

Wichtige Punkte darin sind beispielsweise Initiativen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt und Langzeitarbeitslose. Zwei Gruppen, zu deren Problemen der Bundesregierung bislang keine Lösung eingefallen ist. Leidl-Krapfenbauer: „Wir haben eine Langzeitbeschäftigungslosigkeit, die stark wächst. Das bereitet uns Sorgen. Bei den Menschen, die über zwölf Monate arbeitslos sind, haben wir eine Steigerung von über 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es sind fast 141.000 Menschen, die davon betroffen sind.“

Immer mehr Langzeitarbeitslose

Und weiter: „Besorgniserregend ist, dass junge Erwachsene einen immer stärkeren Anteil an den Langzeitbeschäftigungslosen ausmachen. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es da einen Anstieg um 70 Prozent.“ Dabei gäbe es bereits Lösungen. Ein Recht auf Ausbildung beispielsweise.

Eine zusätzliche Maßnahme soll sein, wenn es nach den Wünschen der Arbeiterkammer geht, einen Fokus auf die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt zu richten. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen soll vor allem in Kinderbetreuung und Pflege investiert werden. Im Zusammenhang mit dem Green Deal ist selbstverständlich die „Offensive ökologischer Wandel“ ein zentraler Baustein. In den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnen sollen große Schritte zur Klimaneutralität gemacht werden. Ein Ziel, das sich Österreich für das Jahr 2040 gesetzt hat. Europa möchte zehn Jahre später so weit sein – dank des Green Deals. Eine Reaktion auf

dieses ausgearbeitete Konzept, mit dem die Bundesregierung keinerlei Probleme hätte, die Frist der EU-Kommission einzuhalten, blieb bislang aus.

Der ökologische Umbau kann für arbeitende Menschen nicht reibungsfrei funktionieren. Viele Jobs in Österreich hängen an Industrien mit hohem CO₂-Ausstoß. Templ: „Unsere Zulieferindus-



„Die Politik hat den Fehler gemacht, einen hohen Anteil an Förderungen nach dem Gießkannenprinzip auszuschütten“, kritisiert Ilse Leidl-Krapfenbauer – „zu wenig zielgerichtet“.

trie ist nach wie vor auf den Verbrennungsmotor ausgerichtet. Der hat aber ein Ablaufdatum. Die großen Konzerne in Deutschland steigen alle mittelfristig aus. Österreich muss auch etwas tun in diesem Bereich. Es ist nötig, Menschen aus- und weiterzubilden für Branchen, in denen sie dann eine Perspektive haben.“ Diese Weiterbildung und die Schaffung von Perspektiven sind im Green Deal ein zentraler Aspekt.

Die Europapolitik Österreichs könnte für die heimische Wirtschaft jedoch zur Achillesferse werden und den nachhaltigen Wandel zumindest erschweren.

Zum einen gibt es etwas, das Konservative als einen Geburtsfehler des üppigen Corona-Hilfsfonds bezeichnen könnten. Die EU-Kommission nimmt im Namen der Union Kredite am Finanzmarkt auf. Sie betreibt also eine gemeinsame Fiskalpolitik. Für viele konservative bis rechte Politiker ist das ein rotes Tuch. Vor allem für Bernd Lucke. Der Gründer der AfD, der rechten Partei „Alternative für Deutschland“, hat per Eilantrag am Deutschen Bundesverfassungsgericht Ende März 2021 die Gesetzesunterzeichnung zumindest aufgeschoben. Das Ziel von Lucke ist, dass die Mitgliedsstaaten der EU weiterhin einzeln – und damit zu höheren Zinsen – Kredite aufnehmen. Der deutsche Rechtsaußen setzt damit die Europapolitik der ÖVP um.

Sparmaßnahmen drohen

Zum anderen ist jetzt schon sicher, dass in Österreich statt einer Investitionspolitik bald wieder Sparmaßnahmen kommen werden – trotz Green Deal, trotz Aufbau- und Resilienzfazilität und Milliardenhilfen aus Brüssel. So hebt Ey hervor: „Österreich ist nach wie vor auf der Linie der ‚Frugal Four‘. Finanzminister Blümel hat erst vor Kurzem gesagt, wir müssen sobald wie möglich zum Stabilitätsvertrag zurückkehren.“

Eine Ankündigung, mit der vor allem Tüchler knallhart abrechnet. „Es gibt ein konservatives Konzept, das unter dem Slogan ‚Strukturreformen weiter vorantreiben‘ läuft. Darin geht es darum, die Verpflichtung der Arbeitgeberseite zur Mitfinanzierung des Sozialsystems weiter auszuhöhlen.“ Dass die „Strukturreform“ nur eine Wortblase ist, die des Pudels Kern verschleiern soll, ist unter den Expert*innen unbestritten.

Schattenwirtschaft

1.074
Mrd. €

Gesamter EU-Haushalt
2021-2027

Jährliche Steuerausfälle
durch Betrug,
Hinterziehung und
„aggressive Steuerplanung“

825
Mrd. €

Umverteilung

Auch für Moritz ist klar, dass unter der jetzigen Regierung nach der Krise aller Voraussicht nach dort gespart werden wird, wo eigentlich investiert werden müsste: „Wenn die Einnahmen nicht mehr werden – und in einer wirtschaftlich schwierigen Situation werden auch die Staatseinnahmen nicht wachsen – muss man mutige Schritte in Richtung Umverteilung gehen. Sonst ist die logische Folge, dass genau für den Care-Sektor die Finanzierung fehlt.“

„Jetzt werden zahlreiche Unternehmen
mit Staatshilfen gefüttert.
Dass die sich später nicht beteiligen,
wäre nicht nachvollziehbar.“

Frank Ey, AK Wien

Eine Einschätzung, die auch Ey teilt: „Nach der Pandemie wird die Regierung sagen, sie habe sehr viel für Staatshilfen ausgegeben, habe hohe Schulden und müsse jetzt sparen. Das ist unsere Befürchtung, dass dann wieder Sozialausgaben gekürzt werden.“

Ein Land aus der Krise zu investieren ist natürlich teuer. Dass es geht, hat aber ausgerechnet Österreich eindrucksvoll bewiesen. In der Corona-Pandemie hat die Bundesregierung doppelt so viel Staatshilfen ausbezahlt wie der Durchschnitt der Eurozonen-Länder. Ohne dass diese Mehrausgaben bei der Bekämpfung von Armut oder Arbeitslosigkeit einen sichtbaren Effekt gehabt hätten.

Oder in den Worten von Leidl-Krapfenbauer: „Die österreichische Politik hat den Fehler gemacht, einen hohen Anteil an Förderungen nach dem Gießkannenprinzip auszuschütten. Die Förderungen waren zu wenig zielgerichtet. Jetzt haben wir die Situation, dass einige Firmen, die Staatshilfen und Kurzarbeitsgeld erhalten haben, Boni und Dividenden ausschütten.“

Ey sieht in diesem Verhalten eine Wiederholung der letzten globalen Krise und betont, dass die Fehler, die damals gemacht wurden, sich nicht wiederholen dürfen. „Jetzt werden zahlreiche Unternehmen mit Staatshilfen gefüttert. Dass die sich später nicht beteiligen, wäre nicht nachvollziehbar. Nicht, wie es bei der Finanzkrise 2009 war. Damals hat vor allem die Bevölkerung bezahlt. Nicht die Bankkonzerne. Das sollte sich nicht wiederholen.“

Auch hier sind sich alle Expert*innen wieder einig. Auch Tüchler vom ÖGB betont: „Unser Land ist in einer ganz diffizilen Lage. Die industrielle Produktion hängt stark von der Wertschöpfungskette der deutschen Konzerne ab. Zusätzlich müssen Digitalisierung, KI-Einsatz und Strukturwandel beschleunigt werden. Die maßgeblichen Betriebe, die all das betrifft, entziehen sich der Diskussion und Verantwortung.“

Einfluss der Lobbys

Dass es so weit kommen konnte, ist für Ey allerdings kein Wunder. Er betont, dass gerade in Zeiten eines Green Deals die Lobbyarbeit stark zugenommen habe. Vor allem bei den Firmen, die fossile Energieträger massiv nutzen würden. Sogenannte Expert*innengruppen würden Politiker*innen bei der Gesetzgebung beraten. Ey weiter: „Ich habe einige dieser Expert*innengruppen analysiert. Bei einer dieser Gruppen kommen beispielsweise von rund 30 Mitgliedern 25 von Konzernen aus der Auto- oder der Zementindustrie beziehungsweise aus anderen Sektoren mit hohem CO₂-Ausstoß.“

Den Lobbyisten gehe es – neben offensichtlich monetären Interessen – vor allem darum, Zeit zu schinden, erklärt Templ. Aber: „Ohne Beteiligung der Vermögenden wird es nicht gehen, das Gesamtpaket zu finanzieren.“ Denn mit Blick auf die EU-Mittel gelte: „Sie reichen nicht, das sage ich klipp und klar.“

Es geht nur gemeinsam

Doch genau das kann für alle – Österreich und andere europäische Länder – zu einer Chance werden. Zum ersten Mal sitzen bei der Bewältigung einer Krise alle im gleichen Boot. Corona-, Wirtschafts- und Umweltkrise betreffen alle gleichermaßen und können deswegen auch nur gemeinsam gelöst werden. Tüchler fasst es so zusammen: „Allein wird es niemand schaffen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das geht nur gemeinsam. Und in Krisenzeiten sind das traditionellerweise Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber gemeinsam.“

Nicht nur die Arbeiterkammer, sondern auch der ÖGB ist deswegen auf die Bundesregierung zugegangen und hat proaktiv ein Arbeitspapier mit 15 Vorschlägen abgegeben, wie es Österreich gelingen könnte, sich aus der Krise heraus zu investieren. Auch hier spielt die gezielte Qualifizierung von Arbeitssuchenden, aber auch von Beschäftigten eine wichtige Rolle. Auch die Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate und nach Investitionen ins Gesundheits- und Pflegesystem haben die Papiere gemein.

Vielleicht lernen Staaten von den Kleininvestoren an der Börse. Ein Wandel zu mehr Nachhaltigkeit ist möglich und lohnt sich. ▶

FÜNF GUTE INVESTITIONEN FÜR DIE ZUKUNFT

1 / 4-Tage-Woche: Modellprojekte zeigen, dass eine derart verkürzte Arbeitszeit Produktivität, Gewinne und Wohlbefinden der Angestellten steigert. In den Kollektivverträgen für den Handel, das Metallgewerbe und das Baugewerbe konnte die 4-Tage-Woche bereits erfolgreich durchgesetzt werden.

2 / Pflegestiftung: In der Pflege fehlen bis ins Jahr 2030 rund 76.000 Arbeitskräfte. Doch Arbeitsuchende gibt es genug. Umschulungen und gezielte Ausbildungen könnten deswegen den Bedarf decken. Eine Pflegestiftung kann die Menschen in dieser Zeit finanziell absichern. Etwa ein Drittel des benötigten Bedarfs könnte über diese Stiftung eine Ausbildung erhalten.

3 / Comeback-Beteiligungsfonds: Sobald die Insolvenzantragspflicht wieder in Kraft tritt, droht Österreich eine Pleitewelle. Der ÖGB schlägt deswegen einen Beteiligungsfonds vor. Über ihn beteiligt sich der Staat an Firmen, die unverschuldet und nur durch die Pandemie bedingt in Schieflage geraten sind. Das sichert Arbeitsplätze. Sind die Unternehmen wieder gesund, soll die Beteiligung zurückgezahlt werden.

4 / Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Wer in Österreich arbeitslos wird, hat doppelt Pech gehabt. Gerade einmal 55 Prozent vom vorherigen Einkommen zahlt hierzulande der Staat. Eine Erhöhung auf 70 Prozent ist im Kampf gegen Armut überfällig. Belgien (90 Prozent), Luxemburg (84 Prozent), Portugal (75 Prozent), Italien (73 Prozent), die Niederlande (71 Prozent), Schweden (70 Prozent), Frankreich (64 Prozent), Deutschland (60 Prozent) und auch Finnland (58 Prozent) zahlen mehr.

5 / Notausbildungsfonds: In Österreich fehlt es an Lehrstellen. Und die, die es gibt, sind oft nicht gut genug bezahlt, als dass junge Erwachsene davon ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Ein Notausbildungsfonds könnte Betriebe unterstützen, gut bezahlte Lehrstellen zu schaffen.

Den Sparstift lieber zur Seite legen

Österreich steht im internationalen Vergleich mit seinen Gesundheitsausgaben pro Kopf gut da. Auch die Spitalsbettenkapazitäten sind hoch. Das veranlasst immer wieder zu Überlegungen, zu sparen. Dabei gibt es zu wenig psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung. Auch Diabetiker*innen werden in Österreich schlecht begleitet – mit verheerenden Folgen.

TEXT ALEXIA WEISS

Die Zahl der Intensivbetten ist seit Beginn der COVID-19-Pandemie 2020 in Österreich in aller Munde. Gibt es genügend zur Verfügung stehende Plätze auf den Intensivstationen? Wann gilt die Kapazitätsgrenze als erreicht? In den Jahren zuvor klang das noch ganz anders. Immer wieder empfahl der Rechnungshof eine Reduktion dieser teuren Infrastruktur. 2013 wurde dann in Wien auch eine leichte Verringerung der Intensivkapazitäten vorgenommen.

Sinneswandel

Dass hier keine weiteren Betten eingespart werden sollen, meint inzwischen auch der Rechnungshof. So steht Österreich international noch immer sehr gut da. Knapp 29 Intensivbetten gibt es hierzulande pro 100.000 Menschen, das ist im OECD-Vergleich der zweite Platz hinter Deutschland mit 33 Intensivbetten. Der OECD-Schnitt liegt bei knapp 16 Betten. Ähnlich ist das Bild bei den Spitalsbetten: Hier liegt Österreich mit 7,3 Betten pro 1.000 Einwohner*innen in der EU auf dem zweiten Platz hinter Deutschland mit einem Wert von acht Betten.

„Länder wie Frankreich, Italien und Spanien, die in höherem Ausmaß Spitalsbetten reduziert haben, sind in der Krise ziemlich schnell an die Grenzen der Auslastung gestoßen“, betont Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung in der AK Wien, gegenüber Arbeit&Wirtschaft. Österreich habe zwar auch reduziert, „ist aber immer noch auf einem Niveau, mit dem man zufrieden sein kann“. Und dieses sollte man sich erhalten – allerdings mit einem bedachten und guten Spitals- und Bettenmanagement.

Das Bettenmanagement zählt

Denn was sich in der aktuellen Pandemie gezeigt habe: Es gehe nicht nur um die Anzahl der Betten. Was fehle, seien zentrale Zuständigkeiten. Es gebe öffentliche und private Spitäler, aber auch die Kur- und Reha-Anstalten. Und bei Letzteren hätten die Sozialversicherungsträger es nicht geschafft, diese in der Krisensituation ins System zu bringen. Mit einem zentralen Bettenmanagement wäre es vielleicht vermeidbar gewesen, Stationen für andere Patient*innen zu schließen, um genügend Kapazitäten für COVID-Erkrankte zu haben. „Das war vielfach zum Nachteil der Patient*innen, teils sind gleichzeitig ganze Stationen in den Krankenhäusern fast leer gestanden.“

Hier hakt auch Volksanwalt Bernhard Achitz ein. Es gehe eben nicht nur um die Anzahl der Betten, sondern auch um die richtige Verteilung auf Fachrichtungen und Regionen. „Da brauchen wir eine differenzierte Betrachtung abseits von Polemik.“ Achitz sieht ebenfalls Strukturprobleme. Der niedergelassene und stationäre Bereich müssten enger miteinander verknüpft und Synergien genutzt werden. Da spieße es sich derzeit aber mit den Zuständigkeiten: Die Sozialversicherungen sind für den niedergelassenen Bereich verantwortlich, die Länder für die Spitäler. Er meint dazu: „Die Sozialversicherungen hat man zentralisiert – ob das dazu beiträgt, die Koordination mit den Ländern zu verbessern, wird sich zeigen.“

Ingrid van Tijn, in der AK Salzburg für den Bereich Sozialpolitik, Gesundheit, Pflege und Registrierung zuständig, mahnt hier überdies eine Auflösung der systemischen Trennung von Gesundheits- und Pflegesystem ein. „Gerade Menschen, die pflegebedürftig sind, brauchen auch Gesundheitsleistungen, bekommen sie aber oft nicht dort, wo es am sinnvollsten und auch kostengünstigsten ist: in der Pflegeeinrichtung.“ Stattdessen würden sie in ein Krankenhaus transferiert, was einerseits teurer und andererseits für die Menschen eine Belastung sei. Hier in Strukturänderungen zu investieren, dafür plädieren alle drei Expert*innen.

Menschenrechtsverletzungen in der Pflege

Stichwort Belastung: Achitz ist als Volksanwalt immer wieder mit dem Thema Menschenrechtsverletzungen konfrontiert. Wo da der Zusammenhang mit dem Gesundheitssystem besteht? Wenn Menschen in Pflegeeinrichtungen, aber etwa auch auf psychiatrischen Stationen ruhiggestellt werden, schon spätnachmittags ihr Abendessen einnehmen müssen, nur an bestimmten Tagen duschen dürfen, dann sei das inakzeptabel. Wieso es zu solchen Restriktionen kommt? Es gebe nicht ausreichend Pflegepersonal. Die Beschäftigten würden hier am Limit sein und könnten den Betrieb nicht anders aufrechterhalten.

Ja, es gebe einen Pflegenotstand, räumt Achitz ein. Es gibt zu wenig ausgebildete Pflegekräfte. Man müsste sie einerseits besser

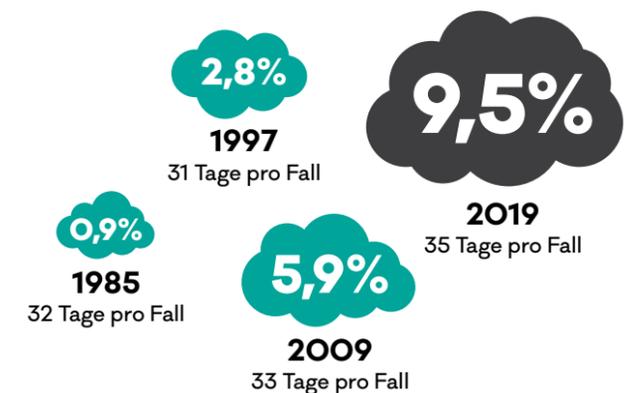
bezahlen und ihnen andererseits auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Und es bräuchte schlicht einen besseren Personalschlüssel – also vielerorts mehr Pflegekräfte pro Station oder Einrichtung. Das koste Geld. Aber das müsse die öffentliche Hand investieren. Hier wäre also eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben sinnvoll.

Investitionen bräuchte es aber auch in anderen Bereichen. Alle drei Fachleute nennen hier die völlig unzureichende Versorgung im Bereich Psychiatrie und Psychotherapie. Derzeit würden erwachsene Psychiatriepatient*innen teils gemeinsam mit Straftäter*innen in der Forensik untergebracht, weil es an stationären Plätzen mangle, kritisiert Achitz. Wie schlecht die Versorgung hier für Kinder und Jugendliche sei, habe erst kürzlich das AKH Wien aufgezeigt. Im Bereich Psychotherapie sollen nun schrittweise statt bisher 50.000 ganze 70.000 Patient*innen auf E-Card behandelt werden. Doch auch damit gäbe es nur für 1,26 Prozent der Versicherten einen kostenfreien Zugang zur Psychotherapie. Geschätzt werde aber ein Bedarf von rund fünf Prozent der Versicherten, so Panhölzl von der AK Wien.

Depressionen explodieren

Tendenz steigend: Wie Studien der Donauuniversität Krems zu Beginn der Corona-Krise sowie um den Jahreswechsel zeigten, seien Depressionen, Ängste, Schlafstörungen massiv angestiegen, sagt van Tijn. „Ein Viertel der Bevölkerung leidet demnach schon an Depressionen, und die Fälle schwerer Depression haben sich seit dem letzten Jahr verzehnfacht.“ Psychische Erkrankungen und Belastungsreaktionen machten 2019 auch bereits fast zehn Prozent der Krankenstandstage aus, so Panhölzl. 2009 waren es noch sechs Prozent, 1997 überhaupt nur knapp drei Prozent.

Psychische Erkrankungen Anteil an Krankenständen insgesamt



Quelle: Krankenanstalten in Zahlen, Krankenanstalten-Statistik des Sozialministeriums

Investitionen braucht es vor allem im Bereich Psychiatrie und Psychotherapie. Das AKH Wien machte erst kürzlich darauf aufmerksam, wie schlecht die Versorgung für Kinder und Jugendliche ist.



Patient*in muss selber blechen

Es mangelt aber nicht nur an Psychotherapieplätzen, die als Sachleistung angeboten werden. Auch Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie müssten oft von den Patient*innen zunächst selbst bezahlt werden und dann werde nur ein Teil der Kosten von der Sozialversicherung refundiert. Dieses Problem stellt sich auch bei Wahlärzt*innen – und deren Anzahl wächst. Laut Gesundheitsministerium hat nur mehr die Hälfte der niedergelassenen Ärzt*innen einen Kassenvertrag – zwei Drittel der Allgemeinmediziner*innen und ein Drittel der Fachärzt*innen. Die Honorare von Wahlärzt*innen werden nur zu einem kleinen Teil von den Kassen refundiert. Dadurch, dass solche Leistungen von den Sozialversicherungen nicht gänzlich übernommen werden, erschwere sich der Zugang für alle Patient*innen zur bestmöglichen Gesundheitsversorgung, gibt van Tijn zu bedenken.

Sie plädiert dafür, Kassenverträge aufzuwerten. Dass Ärzt*innen es vorziehen, eine Wahlordination zu führen, wenn sie dadurch einerseits mehr verdienen und andererseits weniger Arbeitsdruck verspüren, sei nachvollziehbar. Aber das gehe in eine falsche Richtung. Die Sozialversicherungsträger müssten einerseits Kassenverträge besser dotieren. Durch Gruppenpraxen könnte man zudem die Arbeitsbelastung für den oder die Einzelnen besser dosieren. Wichtig sei aber auch der Ausbau von Primärversorgungszentren, um auch an Tagesrandzeiten und Wochenenden medizinische Versorgung anzubieten, wie auch Panhölzl betont. Hier gehe der Ausbau weiterhin nur sehr schleppend voran.

Hohe Todesraten

Er weist zudem auf einen weiteren Bereich hin, bei dem es in Österreich im Argen liegt: die Versorgung der landesweit 800.000 Diabetiker*innen. Erst kürzlich prangerten Expert*innen beim „Danish

Health Cerle“ in Wien an, dass die Sterblichkeit an Diabetes in Österreich seit dem Jahr 2000 um 70 Prozent angestiegen sei. „Wir reden hier davon, dass alle 50 Minuten in Österreich ein Mensch an den Folgen der Erkrankung stirbt“, so Susanne Kaser, Präsidentin der Österreichischen Diabetes-Gesellschaft.

Zu hoch sei auch die Zahl der Amputationen. Laut OECD gebe es in Österreich 14 Fuß- oder Unterschenkeloperationen auf 100.000 Einwohner*innen im Alter über 15 Jahren. Der OECD-Schnitt liege bei sechs solchen Eingriffen.

Panhölzl meint dazu, es gebe zwar ein Disease-Management, aber es funktioniere nicht. In Dänemark hätten die Hausärzt*innen einen höheren Stellenwert und organisierten mit den anderen Gesundheitsberufen eine engmaschige Betreuung. Auch hier gelte es also, Geld in die Hand zu nehmen. Oft werde einfach zu spät reagiert.

Ahnungslose Österreicher*innen

Insgesamt ist Österreich im Bereich Prävention schlecht aufgestellt. Interessant ist: Befragt man Österreicher*innen, wie sie selbst die Qualität des Gesundheitssystems einschätzen, sind sie mehrheitlich überzeugt, dass alles sehr gut sei, so der AK-Experte. „In bestimmten Aspekten ist das auch richtig, wir haben einen niederschwelligen Zugang, um Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen.“

Aber es gebe eben auch Versorgungsdefizite – und zunehmend ein Drei-Klassen-System: Beamten- und Selbstständigenkasse würden mehr Leistungen zahlen als die Österreichische Gesundheitskasse; und wer privat versichert sei oder selbst bezahle, habe nochmals einen besseren Zugang zu medizinischer Versorgung. Hier gibt es also noch viel Spielraum für den Ausbau eines rundherum solidarischen Gesundheitssystems. ▶

Was können wir aus der Coronakrise für die Klimakrise lernen?

© Jake Tazreiter

Erst einmal zwei positive Entwicklungen: Für Geschäftsreisen braucht es kein Flugzeug. Wir haben alle gelernt, Online-Meetings ohne peinliche Hoppalas zu überstehen. Auch Radfahren hat im vergangenen Jahr geboomt. Was wir aber nicht brauchen, ist ein Lockdown fürs Klima. Zwar sind die Emissionen 2020 gesunken, aber nicht im notwendigen Ausmaß. Statt gesellschaftlichem Stillstand braucht es Maßnahmen, die zu anhaltenden Reduktionen führen. Doch fürs Klima gibt es keine Krisenstabssitzungen, keine

eigene Rubrik auf orf.at und kein Dashboard, das unseren Fortschritt bei der CO₂-Reduktion misst. Dabei gäbe es für Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Klimakrise eh gemeinsame Lösungen. Die Sanierung von Gebäuden, der Ausbau von erneuerbaren Energien und öffentlichem Verkehr bringen Wertschöpfung vor Ort und schaffen Hunderttausende Jobs. Saubere Luft und aktive Mobilität fördern die Gesundheit. Grünflächen bieten Abkühlung in Hitzesommern. Wir brauchen Gestaltungswillen statt Kurzsichtigkeit in Krisenzeiten.



KATHARINA ROGENHOFER

MITBEGRÜNDERIN VON FRIDAYS FOR FUTURE ÖSTERREICH
SPRECHERIN DES KLIMAVOLKSBEGEHRENS

Keine Sorgen wegen der Schulden!

Der Staat muss in Zukunft, Klima, saubere Energie und Pflege investieren, sagt WIFO-Chef Christoph Badelt, denn das stützt heute die Konjunktur und sorgt morgen für ein gutes Leben. Und: „Gebt jenen mit sehr niedrigen Einkommen mehr.“

INTERVIEW ROBERT MISIK



CHRISTOPH BADELT
ÖKONOM, WIFO

Er ist einer der renommiertesten österreichischen Ökonomen, war viele Jahrzehnte lang als Forscher und Professor an der Wiener Wirtschaftsuniversität tätig und ist seit 2016 Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO. Diese Funktion gibt er im kommenden Sommer ab.

Arbeit&Wirtschaft: **Angenommen, wir hätten im Spätsommer die Gesundheitskrise aufgrund der Impfungen überstanden. Können wir dann relativ schnell in eine ökonomische Normalität kommen?**

Christoph Badelt: Die Wirtschaftskrise hat ihre Ursache darin, dass man Teilen der Wirtschaft aus Gründen der Pandemiebekämpfung verbietet zu arbeiten. Wenn das nicht mehr geschieht, wird es meiner Meinung nach rasch zu einem recht kräftigen Aufschwung kommen.

Manche Sektoren werden sich sicher langsamer erholen – man denke da an die Stadthotellerie oder das Kongressgeschäft – aber es wird auch einen großen Nachholbedarf der Menschen geben. Sie wollen endlich wieder reisen oder zu Veranstaltungen gehen. Wir wissen aber auch aus der Erfahrung vergangener Krisen, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit langsamer vorankommt.

Im Moment sind knapp 400.000 Menschen arbeitslos, dazu kommen rund 70.000 in Schulungen des AMS. Aber viele Beobachter*innen rechnen mit einer Insolvenzwelle. Was, wenn das Schlimmste erst vor uns liegt?

Im Moment werden Insolvenzen künstlich vermieden, wegen Stundungen durch die Sozialversicherung und die Finanzämter.

Ich denke schon, dass zusätzliche Arbeitslosigkeit entstehen wird, wenn das nicht mehr der Fall ist. Da werden kleine Unternehmen mit kleinen Belegschaften bedroht sein, etwa in der Gastronomie. Es ist aber zu hoffen, dass dann auch schnell neue Unternehmen entstehen.

Sollte man überlegen, Unternehmen, die jetzt von Insolvenz bedroht sind, zu retten? Die können meist nichts dafür, das waren ja vor der Krise gesunde Unternehmen.

Die Idee einer stärkeren staatlichen Beteiligung für eine befristete Zeit halte ich nach wie vor für diskussionswürdig. Zweifels ohne gäbe es dann knifflige Probleme im Detail, aber die Sozialpartner könnten die sicher lösen.

Das Beste für künftige Prosperität sind bekanntlich kluge Investitionen, weil sich die langfristig rechnen – und zwar nicht nur in finanzieller Hinsicht. Das wäre ja jetzt genau der Zeitpunkt dafür.

Ganz sicher. Denn wenn der Staat jetzt selbst Investitionen für wichtige gesellschaftliche Ziele ankurbelt oder plant, etwa im Klimabereich, im Verkehr, bei der Altbausanierung, bei der Dekarbonisierung, bei der Digitalisierung, dann hat das eben einerseits längerfristigen Nutzen und andererseits Einflüsse auf die Konjunktur.

„Es wird einen großen Nachholbedarf der Menschen geben. Sie wollen endlich wieder reisen oder zu Veranstaltungen gehen.“

Christoph Badelt, WIFO



Ausgaben für die soziale Infrastruktur wie die Pflege sind Investitionen in die Stabilität unserer Demokratie, meint WIFO-Chef Christoph Badelt.

Also Begrünung der Städte, Kühlung der Plätze, ein Sonnenkraftwerk auf jedes Dach ...

Die Sanierung des Altbaubestandes ist ein gutes Beispiel. Hier kann man nicht nur den Energieverbrauch einschränken, das sind dann genau die Bereiche, in denen die Klein- und Mittelbetriebe und kleine Handwerksbetriebe zum Zug kommen, wo dann also in diesem Sektor Arbeitsplätze entstehen. Das hat viel mehr Wirkungen, als wenn man irgendwo ein Hochhaus hinbaut.

Der Installateur als High-Tech-Betrieb ...

Ist er längst! Man denke an Heizungstechnik, an Photovoltaik und all diese Dinge. Das wird durch den Staat durch Subventionen gefördert. Aber man muss natürlich auch an die Investitionen denken, die die öffentliche Hand selbst vorantreibt, etwa im Verkehrswesen.

Generell gefragt: Ist diese krasse Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben für den Staat, für eine Volkswirtschaft als Ganzes, wirklich sinnvoll? Ist Pflege nur konsumtiv, ist Breitband dagegen investiv? Und Nachfrage mobilisiert ja auch Investitionen.

Wenn man Investitionen sehr eng definiert, dann sind Ausgaben für die Pflege keine Investition, wohl aber die technische Ausstattung, die Sie in der Pflege benutzen. Aber wir wissen alle, dass es auch so etwas wie eine soziale Infrastruktur gibt und soziale Dienstleistungen, die entweder von der öffentlichen Hand bereitgestellt oder finanziert werden. Die haben vielleicht nicht unbedingt eine Produktionsfunktion für den materiellen Wohlstand im Sinne von materiellen Gütern, sind aber wesentlich



für eine Gesellschaft, die Wohlfahrt und auch das wirtschaftliche Klima. Man denke da nur an die Jugendsozialarbeit.

... und die ist dann vielleicht sogar direkt „investiv“ hinsichtlich künftiger Berufsbiografien.

Man braucht sich da nur die Frage stellen: Was passiert, wenn nichts passiert? Das ist „konsumtiv“, aber es ist auch „investiv“, also die Übergänge sind fließend. Ganz abgesehen davon, dass das auch Investitionen in die Stabilität unserer Demokratie sind.

„Wer legt genau fest, was der gesellschaftliche Wert ist?“

Christoph Badelt

Zugleich sind das aber jene Sektoren, wo jene „systemrelevanten“ Arbeitnehmer*innen arbeiten, denen wir vom Balkon applaudieren ...

Wenn wir uns fragen, wie wertvoll diese Arbeit gesellschaftlich ist, dann kommen wir schnell zu dem Schluss, dass die Bezahlung mit dieser Wertschätzung eigentlich nicht übereinstimmt. Nur: Wer legt genau fest, was der gesellschaftliche Wert ist? Zugleich

werden diese Arbeitnehmer*innen fast immer direkt oder indirekt vom Staat bezahlt, und der Staat ist auch deshalb nicht der Großzügigste, weil Steuern zu zahlen nicht sehr populär ist. Aber ich bin überzeugt, dass es massive Verschiebungen zugunsten dieser Berufsgruppen geben wird.

Viele Menschen sind jetzt arbeitslos geworden und erhalten das vergleichsweise knausrige österreichische Arbeitslosengeld, also eine Nettoersatzrate von 55 Prozent. Die verfügbaren Einkommen der Österreicherinnen und Österreicher sind in der Krise noch stärker zurückgegangen als in vergleichbaren Ländern, nicht nur Deutschland, sogar im Vergleich mit den USA. Da lief doch was krass schief.

Der Vergleich mit den USA hinkt etwas, da dort das Ausgangsniveau von Sozialleistungen äußerst niedrig war. Aber in einem haben Sie recht: Es wäre ökonomisch sinnvoll, Menschen mit einem sehr niedrigen Einkommen mehr zu geben, als das geschehen ist. Einfach, weil wir im Moment eine sehr große Konsumzurückhaltung erleben. Wir haben Sparquoten, die verrückt hoch sind. Sehr viele Menschen haben eigentlich genug Geld, geben es aber nicht aus, vor allem aus Vorsichtsgründen.

„Viele kleine Selbstständige, die Ein-Personen-Unternehmen, da hat es viele Leute sehr hart getroffen.“

Ein spannender Punkt: Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Aber sehr viele Menschen haben gar nicht an Einkommen verloren, haben aber viel weniger ausgegeben. Wie verteilt sich das Ihrer Meinung nach?

Alle, die im Zuge der COVID-Krise arbeitslos geworden sind, haben erheblich an Einkommen verloren, dazu jene, die in Kurzarbeit waren. Darüber hinaus wird es schon verdammt schwer, das zu quantifizieren: Viele kleine Selbstständige, die Ein-Personen-Unternehmen, da hat es viele Leute sehr hart getroffen. Das ist eine Gruppe, auf die wir viel zu wenig schauen.

Wir haben in ersten Studien gesehen, dass es einerseits besonders viele hart getroffen hat, die es vorher schon sehr schwer hatten, dass aber auch unter den untersten Einkommensbeziehern gar nicht so wenige sind, die sogar etwas dazugewonnen haben – etwa Pensionisten oder Langzeitarbeitslose, die durch Einmalzahlungen oder Ähnliches ein bisschen was draufbekommen haben. Wer eine normale Pension bekommt, beispielsweise, der ist wirtschaftlich ganz gut durch diese Krise gekommen – was die psychische Situation anlangt, kann das schon wieder ganz anders aussehen.

... und normale Angestellte, die nicht in Kurzarbeit waren, sondern ihr übliches Einkommen bezogen, die haben womöglich einen höheren Kontostand, weil sie weniger ausgegeben konnten.

Offen gesagt: Wir haben viel anekdotische Evidenz, aber das Gesamtbild ist noch nicht exakt klar.

Die Europäische Union hat glücklicherweise bisher ganz anders reagiert als in der letzten Krise: nicht mit Spar- und Austeritätspolitik, sondern mit Solidarität und Hilfsprogrammen. 750 Milliarden sollen allein für Hilfen und Kredite investiert werden. Komischerweise gibt es in anderen Ländern eine heftige Diskussion, wie dieses Geld am sinnvollsten verwendet werden kann, etwa in Italien ...

Ja, da ist sogar die Regierung zerbrochen an dieser Frage ...

Gut, da geht es auch um insgesamt 200 Milliarden Euro, nimmt man die Hilfen und Kredite zusammen, aber auch Österreich könnte rund drei Milliarden Euro bekommen. Merkwürdigerweise gibt es da null Diskussion.

Ich denke, es ist auch mit der EU-Kommission noch nicht ausdiskutiert, ob dieses Geld nicht für Investitionen genützt werden kann, die ohnehin schon geplant waren, also etwa für die Klimaziele im Regierungsprogramm.

Wenn wir diese Krise also hinter uns haben, dann haben wir einen Staatsschuldenstand von 100 Prozent des BIP ...

Nein, eher im oberen Achtziger-Bereich, also so 85 oder 87 Prozent, in dieser Größenordnung. Jedenfalls glaube ich nicht, dass sich der Finanzminister graue Haare wachsen lassen muss ob des Schuldenstandes.

Wenn Sie sagen, jede Krise der vergangenen Jahrzehnte hat eine höhere Sockelarbeitslosigkeit hinterlassen als die davor: Was tun gegen das Gespenst von „Jobless

Growth“, aber auch gegen eine Situation, in der immens viele Menschen Angst haben, austauschbar zu sein, davor, den Job zu verlieren?

Das ist eines der ganz großen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen unserer Zeit. Wir hatten das ja schon vor der Krise: Zwar wuchs die Beschäftigung, aber neu in den Arbeitsmarkt traten einerseits Migrant*innen ein und andererseits Frauen, deren Erwerbsbeteiligung ja erfreulicherweise wächst. Die Zahl der Arbeitslosen blieb hoch. Jemand, der sagt, er habe dafür die vollständige Lösung, der ist unehrlich. Aber eines ist klar, ein Schlüssel dafür ist Bildung, Bildung und noch mal Bildung! Und zwar in allen Lebensphasen, das fängt im Kindergarten an, mit dem Spracherwerb, bei Kindern, die wenig Unterstützung von ihren Eltern haben, die dann viel zu früh am Abstellgleis landen. Das ist nicht nur ein sozialer Skandal, sondern auch ein wirtschaftlicher. Und das geht dann weiter, es ist ja eigentlich ein Wahnsinn, wenn man so tut, als wären 50-Jährige zu alt für Weiterbildung. ▶



& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Nicht ohne doppelten Boden

Eine CO₂-Steuer soll die Erreichung der Klimaziele unterstützen. Über die Details gibt es noch wenig Informationen. Aus Sicht von AK und ÖGB ist jedenfalls klar, dass es eine soziale Abfederung braucht, damit kleine und mittlere Einkommen nicht zu den Verlierern werden.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Die Regierung will zur Erreichung der Klimaziele eine CO₂-Steuer einführen, die sich am Vorbild Deutschlands orientieren könnte: Dort gibt es seit Anfang des Jahres eine CO₂-Steuer von 25 Euro pro Tonne. Bis 2030 soll sie auf rund 60 Euro ansteigen. Doch was heißt das aus sozialer Sicht? Schließlich ist eine „ökosoziale“ Steuerreform in aller Munde. ÖGB-Volkswirt Ernst Tüchler sagt: „Steuern haben immer auch soziale Auswirkungen. Eine CO₂-Besteuerung heißt, dass die Kosten für Treibstoffe und Wohnen steigen würden, und zwar sofort und ziemlich fest.“ Absolut am stärksten betroffen wären Besserverdiener*innen, weil sie mehr CO₂ emittieren. Bei kleinen und mittleren Einkommen fallen die Kosten aber stärker ins Gewicht: Schließlich muss jede Wohnung beheizt werden, und wer in Gebieten mit schlechter Öffi-Anbindung lebt, ist auf den Pkw angewiesen.

„Die soziale Ungleichheit darf durch eine ökologische Steuerreform nicht verstärkt werden“, meint Tüchler. „Daher braucht es Ausgleichsmaßnahmen, die den Schwächsten helfen.“ Dominik Bernhofer, Steuerexperte der AK Wien, fügt hinzu: „Eine CO₂-Bepreisung muss sozial gerecht sein. Die ökosoziale Steuerreform darf keine Umverteilung von unten nach oben

werden.“ Daher müsse eine CO₂-Steuer in ein breites Maßnahmenpaket eingebaut werden, das etwa Investitionen in den öffentlichen Verkehr, thermische Sanierung, ordnungspolitische Regelungen und vor allem eine finanzielle Rückerstattung der Steuereinnahmen an die Haushalte enthält: „Wichtig ist, dass man die Rückerstattung der Einnahmen und die Investitionen nicht gegeneinander ausspielt. Wenn man die Investitionen aus den Steuereinnahmen finanziert und die Rückerstattung kürzt, leidet die Verteilungsgerechtigkeit: Das ist der Fehler, den Deutschland gemacht hat.“

Private auch betroffen

Eine CO₂-Steuer würde private Haushalte über höhere Heiz- und Spritkosten zum einen direkt treffen. Zum anderen wären Konsument*innen indirekt betroffen, weil Unternehmen ihre Mehrkosten durch die CO₂-Steuer an sie weitergeben würden. Bernhofer rechnet hier mit bis zu 30 Prozent Zusatzkosten für Private: „Es ist klar, dass das an die privaten Haushalte zurückerstattet werden muss.“ Einige Gesellschaftsgruppen wären internen Berechnungen von AK und ÖGB zufolge besonders von einer CO₂-Steuer betroffen, darunter vor allem Pendler*innen sowie Haushalte in unsanier-

ten Wohnungen mit Öl- und Gasheizungen. Doch wie kann ein Ausgleich aussehen, der eine weitere Spreizung der Einkommensverteilung verhindern würde? Hier ist Vorsicht geboten. Eine Möglichkeit der Rückvergütung der Einnahmen durch die CO₂-Steuer wäre ein Öko-Bonus, der pauschal pro Kopf ausbezahlt würde – von einem solchen war im August 2019 in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung durch den Budgetdienst die Rede. Die Anfrage betraf die Auswirkungen einer CO₂-Steuer auf Haushalte. In der Beantwortung hieß es: „Eine Einführung der CO₂-Steuer ohne adäquate Rückverteilung der Mehreinnahmen hat eine regressive Wirkung, weil Haushalte mit niedrigen Einkommen einen höheren Anteil ihres Einkommens dafür aufwenden müssen.“ Dem Budgetdienst zufolge würde dagegen eine CO₂-Steuer in Verbindung mit einem solchen Bonus die Ungleichheit in der Verteilung der verfügbaren Einkommen reduzieren.

Kompensation wirkt individuell

Inwiefern würde eine Pro-Kopf-Pauschale die Mehrkosten der Haushalte kompensieren? Das ist sehr individuell. Wer etwa in einer Stadt mit gutem Öffi-Netz und in einer Neubauwohnung mit Fernwärme lebt,

profitiert eher von einem solchen System als jemand, der am Land in einem alten unsanierten Haus wohnt und auf ein eigenes Auto angewiesen ist. Auch der Familienstatus spielt eine Rolle, weil sich etwa die Kosten in einer Partnerschaft im Gegensatz zu Alleinlebenden und Alleinerziehenden besser aufteilen. Dominik Bernhofer sagt: „Die Berechnungen des Budgetdienstes zeigen, dass selbst mit einem Öko-Bonus bis zu 30 Prozent der Klein- und Mittelverdiener*innen netto verlieren.“ Der Öko-Bonus allein reiche daher nicht: „Wenn man eine CO₂-Steuer vernünftig abfedern will, muss man mit der Idee der Aufkommensneutralität brechen und für besonders betroffene Gruppen Entlastungsmaßnah-

men oben drauflegen.“ Als Beispiel nennt Bernhofer eine Mindestpensionistin mit Ölheizung in einem unsanierten Haus, die ohne zusätzliche Unterstützung nicht in ein energieeffizientes Heizsystem und andere Sanierungsmaßnahmen investieren kann. Auch Mieter*innen betrifft das Thema: Sie sind darauf angewiesen, dass ihr Vermieter in die thermische Sanierung investiert – dazu müssen laut Bernhofer die Anreize der CO₂-Steuer bei den Richtigen ankommen.

Als eine Idee des Ausgleichs steht seitens einiger Ökonom*innen im Raum, die Sozialversicherungsbeiträge zu reduzieren – für AK und ÖGB undenkbar. Bernhofer: „Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge würde bedeuten: Je höher das Ein-

kommen, desto höher die absolute Entlastung. Das wäre die ineffizienteste Lösung zur Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen.“ Außerdem wären Nicht-Erwerbstätige, zum Beispiel Arbeitslose, von der Maßnahme ausgeschlossen. Ernst Tüchler nennt ein weiteres Argument: „Wenn ich die Sozialversicherungsbeiträge senke, würde an dieser Stelle das Geld fehlen, und es wären zum Beispiel bei der Krankenversicherung Leistungskürzungen zu befürchten. Das wäre eine verteilungspolitische Bombe und ein absolutes No-Go.“ Das Argument, die Einnahmefälle bei der Sozialversicherung mit Geld aus dem Steuertopf zu ersetzen, klingt laut Dominik Bernhofer nur theoretisch gut: „Das würde die Versicherten vom Finanzminister abhängig machen – und das kann nicht sozial sein.“ Man müsse auch bedenken, dass die Einnahmen aus der CO₂-Steuer mit den CO₂-Emissionen sinken sollen. Dann bliebe die Sozialversicherung auf den Kosten sitzen.

Für Ernst Tüchler ist die CO₂-Steuer nur ein Puzzlestein, um die wirtschaftliche Transformation zu meistern. Er weist etwa auf den massiven Umbruch in der für Österreich wichtigen Kfz-Komponenten-Branche hin: „Es ist ein Gesamtplan nötig. Die ökosoziale Steuerreform ist nur eine Komponente auf dem Weg zur Klimaneutralität.“



Quelle: Inequality Institut der WU Wien

Eine CO₂-Steuer trifft vor allem kleine und mittlere Einkommen



Spitzenverdiener*innen



Geringverdiener*innen

Immer weiter, aber ohne Gerschtl

Ein Jahr Krise, doch die Regierung lässt junge Menschen mit ihren Sorgen weitestgehend allein. Susanne Hofer, Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, will trotzdem nicht von einer „Lost Generation“ sprechen.

INTERVIEW LEO STEMPFL

Arbeit&Wirtschaft: Mit welchen Problemen wenden sich junge Menschen aktuell an die ÖGJ?

Susanne Hofer: Ein sehr großes Problem ist, dass an vielen Schulen der Schichtbetrieb nicht funktioniert. Viele sagen sogar, dass es besser war, als sie ganz daheim waren. Selbstverständlich bleibt dabei auch immer die Frage, was man danach macht. Wo finde ich meinen Platz, wenn es so viele Erwerbsarbeitslose gibt, die vorher schon gearbeitet haben, oder sich die Wirtschaftslage nicht verbessert? Übernimmt mich mein Betrieb? Überlebt dieser das nächste Jahr überhaupt? Viele stehen gerade vor ihrer Lehrabschlussprüfung und haben jetzt einfach Angst, dass sie diese nicht schaffen, und gehen deswegen oft einfach nicht hin. Da gibt es noch immer viel Unsicherheit und Perspektivlosigkeit.

Der oder die durchschnittliche Schüler*in hat die Gewerkschaftsjugend vielleicht nicht unbedingt auf Nummer eins der Interessenliste. Was hat Gewerkschaft mit Ausbildung zu tun, was hat man als Schüler*in davon?

Das ist schon verständlich, weil wir primär auf die Berufseinsteiger*innen und Praktikumsabsolvent*innen abzielen. Ich glaube trotzdem, dass es wichtig ist, jetzt einfach

auf uns zuzukommen, wenn man nicht mehr weiterweiß. Wir können Perspektiven aufzeigen, die einem vielleicht bisher nicht in den Sinn gekommen sind. Man muss auch beachten, dass mit solchen Krisen vermehrt prekäre Arbeitssituationen auftreten. Hier muss man entgegenwirken, als junge Person darf man sich da nicht reindrücken lassen. Wenn wir unglaublich viele diverse Mitglieder haben, dann werden wir immer stärker und können faire Arbeitsbedingungen für alle umsetzen.

Durch Corona wandelte sich auch die Art, wie man Jugendliche erreicht. Was hat sich da genau verändert?

Wir waren immer unterwegs, in den Werkstätten, in den Betrieben und in den Berufsschulen, haben mit den Lehrlingen vor Ort gesprochen, diskutiert, sie nach ihren Bedürfnissen gefragt, und das alles haben wir dann in die wenigen Bürotage mitgenommen. Jetzt passiert sehr viel über Online-Sitzungen. Das Allerwichtigste sind gerade Jugendvertrauensrät*innen, die uns berichten, was falsch läuft. Mit diesen Informationen kann man dann zum Gewerkschaftsbund, den Bildungsdirektionen und den Ministerien gehen. Die gute Basisarbeit ist essenziell – alles kommt von unten. Auch gilt es, über Social Media möglichst viele Menschen zu

erreichen. Die meisten Fragen bekommen wir nicht telefonisch, sondern über Instagram. Da versuchen wir auch, allen zu antworten und einfach für sie da zu sein.

Dass der Instagram-Handle von @oegj_on_tour zu @oegj.at geändert wurde, heißt also nicht, dass die ÖGJ nicht weiter „on tour“ sein wird?

Genau.

Derzeit kämpfen 500.000 Erwerbsarbeitslose um 50.000 Jobs. Wo sollen hier Jugendliche Platz haben?

Ich denke, das hängt am Engagement der Unternehmen. Junge Menschen versuchen am Anfang ihrer Karriere alles zu geben. Deswegen ist es für Unternehmen besonders wichtig, in junge Menschen zu investieren und sie aufzunehmen. Da braucht es auch von der Regierung Maßnahmen, um Perspektiven aufzuzeigen – es braucht mehr Lehrstellen und Jobs im öffentlichen Dienst. Aber genauso müssen Anreize für Unternehmen her, nicht weiter Mitarbeiter*innen einzusparen und quasi die Überstundenpauschalen hochzuschrauben. In dieser Zeit bräuchte es vor allem eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Weil wir wissen: Es ist genug Arbeit da – aber sie ist nicht gerecht verteilt. Außerdem werden uns etwa

Arbeit muss gerechter verteilt werden, fordert Susanne Hofer, ÖGJ-Vorsitzende. Außerdem fehle es an Lehrstellen.

im Gesundheits- und Sozialbereich rund 70.000 Arbeitskräfte fehlen. Die Bedingungen muss man so gestalten, dass es ein attraktiver Arbeitsplatz ist, den junge Menschen anstreben und die dort auch bleiben wollen und nicht wieder nach fünf Jahren gehen, weil sie fix und fertig sind.

Gab es bereits Maßnahmen der Regierung gegen die Jugendarbeitslosigkeit?

Man kann sagen, dass sehr viel Scheinpolitik betrieben worden ist. Eigentlich gab es auch eine Taskforce, doch die hat bisher nicht sonderlich viele Outputs herausgebracht. Schade ist, dass dort nur Beamt*innen sitzen und Sozialpartner oder Betroffene gar nicht miteinbezogen wurden. Schon im Sommer hätte es kurzfristige Maßnahmen gebraucht, um sicherzustellen, dass man 2021 sicher zur Matura oder Lehrabschlussprüfung antreten kann. Auch wenn es wichtig war, Lehrlinge

echt sagen kann, dass ein großer Teil vermutlich gar keine Narben davontragen wird. Außerdem hat die Krise aufgezeigt, dass vor allem Frauen dieses Land aufrechterhalten. Es ist ein Armutszeugnis für diese Regierung, dass sie ihnen zugesteht: Ja, ihr haltet dieses Land am Laufen, aber mehr „Gerschtl“ dafür gibt es nicht. Ich hoffe einfach, dass sich die Frauen in diesem Land zusammenschließen und sich das nicht gefallen lassen.

Fridays for Future zum Beispiel konnte fast überraschend Zigtausende Jugendliche mobilisieren. Was ist die Rolle der ÖGJ dabei?

Uns ist wichtig, dass bei dieser Diskussion rund um eine klimafreundliche Zukunft die Arbeitnehmer*innen nicht vergessen werden. Insbesondere, dass nicht die Kosten auf sie abgewälzt werden. Die Menschen

„Wir sehen, dass junge Menschen extrem politisch sind und auch klar ausdrücken, was sie brauchen.“

Susanne Hofer, Vorsitzende der ÖGJ

in Kurzarbeit zu schicken, wäre es genau so daran gelegen, Ausbildungsverbünde zu schaffen. Da hätte die Regierung durchaus kreativer sein können. Wir haben einiges vorgeschlagen, aber leider schwimmen die Lehrlinge auch ein Jahr nach Beginn der Pandemie immer noch.

Kann man aus dem vergangenen Jahr auch Positives mitnehmen?

Wir sehen, dass junge Menschen extrem politisch sind und auch klar ausdrücken, was sie brauchen. Wir haben eine Umfrage gemacht: 40 Prozent sagen, sie hätten gerne kostenlose Psychotherapie. Die Krise zeigt mit einer Lupe, wie stark junge Menschen eigentlich sind und was sie leisten. Wir haben ja vor einer „Lost Generation“ gewarnt. Aber die jungen Leute haben sich so tough und wacker geschlagen, dass man

sollen mitbestimmen können, wie Jobs und Lehrplätze der Zukunft ausschauen. Man kann auch nicht einfach im Geschäft alles nicht Ökologische teurer machen, und die Arbeitnehmer*innen können sich das dann nicht mehr leisten. Wir wollen eine klimagerechte Zukunft für alle.

Was erhoffen Sie sich von 2021?

Die Erkenntnis, dass eine Jobgarantie für alle bis 25 sehr wichtig wäre. Wir haben ganz viele junge Leute, die arbeiten wollen. Wenn man hört, dass es einen Fachkräftemangel gibt, man aber trotzdem keinen Job findet, macht das psychisch was mit einem. Deshalb sollte die Regierung darauf schauen, Jugendliche in der Arbeitslosigkeit so gut wie möglich nicht allein zu lassen. Egal, wie lange – kein junger Mensch in Österreich hat das verdient. ▀

Bildung am Schirm

Seit über einem Jahr überschattet die Corona-Krise das ganze Land, es ist die schlimmste Wirtschaftskrise in der Zweiten Republik. Expert*innen der AK haben die Maßnahmen der Bundesregierung der

vergangenen Monate unter die Lupe genommen und mit Emojis bewertet: Hatte die Regierung die richtigen Antworten auf die Krise? Und wird in diesem Ausnahmezustand trotzdem genug in Bildung investiert?

Corona-Arbeitsstiftung

Beschlossen wurde sie – aber sie ist angesichts der weiter steigenden Langzeitarbeitslosigkeit viel zu kurz gedacht: 2022 soll sie schon wieder auslaufen ...



Bildungsbonus

Wurde von 60 auf 180 Euro pro Monat erhöht – gilt allerdings nur bei Schulungen im Rahmen der Corona-Joboffensive.



200 Millionen Euro fürs Lern-Förderpaket

Kommt sehr spät – aber es kommt. So kriegt jede Klasse zwei Förderwochenstunden, die flexibel organisiert werden können.



Mehr AMS-Mitarbeiter*innen

Für eine adäquate Betreuung für die vielen Arbeitslosen braucht es Personal. Die Personalvertretung fordert 650 zusätzliche Planstellen. Immerhin: Die Bundesregierung hat den ursprünglich geplanten Personalabbau erst einmal gestoppt.



Sommerschule

Zwei Wochen sind besser als nichts, aber leider keine nachhaltige Lösung.



Plan für den digitalen Unterricht

Budget ist zwar da – aber die ersten Geräte für die 5. und 6. Schulstufe sollen erst im Herbst kommen ... viel zu spät!



Lehrlingsbonus

Jeder Anreiz für zusätzliche Lehrstellen ist zwar positiv, aber in dem Fall aufgrund undifferenzierter Förderung wenig effektiv.



Aufstockung der überbetrieblichen Lehrausbildung

Wurde rasch aufgestockt, der erste Bedarf ist gedeckt.



Erwachsenenbildung

Eine massive Aufstockung der Mittel wäre dringend notwendig – gerade angesichts der Verschlechterung am Arbeitsmarkt und der fortschreitenden Digitalisierung. Für 2021 ist noch weniger Geld vorgesehen, als 2019 ausgegeben wurde.



Leider ein Spiegel der Gesellschaft

Bis zu ihrem Abschluss verrichten Studierende im Sozial- und Gesundheitsbereich teils mehr als 2.000 Stunden Gratisarbeit. Eine Belastung, unter der nicht nur sie selbst, sondern die Gesellschaft als Ganze leidet.

TEXT JOHANNES GRESS



Leokadia Grolmus meint trocken: „Ich hatte seit drei Jahren keinen Urlaub.“ Obwohl trockene Sätze eigentlich nicht so ihr Ding sind. Für gewöhnlich spricht sie laut, schnell und gestikuliert dazu im Takt als eine Art Dirigentin ihrer eigenen Worte. Grolmus studiert im sechsten Semester berufsbegleitend Soziale Arbeit an der FH Campus in Wien, für Miete und Leben arbeitet sie mangels Beihilfen bis zu 25 Stunden pro Woche in einer Einrichtung für Obdachlose in Wien-Floridsdorf. Ihre Praktika, insgesamt zwanzig Wochen, absolvierte sie allesamt unbezahlt. Ihre Geschichte ist die Geschichte eines American Dreams, der nicht nur geografisch deplatziert wirkt.

Grolmus ist eine von vielen, eine von rund 100.000 Studierenden in Österreich, die im Laufe ihres Studiums ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen, um positiv abschließen zu können. Rund ein Drittel der Praktikant*innen arbeitet unbezahlt. Was in anderen Branchen längst der Vergangenheit angehört, ist im Sozial- und Gesundheitsbereich weniger die Ausnahme als die Regel. „Über alle Sektoren hinweg werden im Gesundheits- und Sozialbereich besonders häufig Pflichtpraktika absolviert – die gleichzeitig aber besonders selten bezahlt sind“, heißt es in der Studierenden-Sozialerhebung 2019, die das Institut für Höhere Studien (IHS) im Auftrag der Arbeiterkammer Wien durchführte. Viele fangen ein solches Studium daher gar nicht erst an. Ein gesamtgesellschaftlich nicht nachhaltiger Selektionsmechanismus – denn gerade in diesen Branchen ist Österreich auf Nachwuchs angewiesen.

Hamsterrad

Grolmus kam als 16-Jährige aus Tschechien nach Wien, zeitgleich mit der Ausbildung zur Pflegeassistentin machte sie in Abendkursen ihre Matura. Als sogenannte „EU-Ausländerin“ hat sie keinen Anspruch auf Studienbeihilfen. Neben ihrem Job in der Obdachlosenhilfe besucht sie abends drei- bis viermal wöchentlich Lehrveranstaltungen, dazu kommen Projektarbeiten und

„Wir sind alle wütend“, sagt Leokadia Grolmus. Sie studiert Soziale Arbeit – und will nicht mehr hinnehmen, unbezahlte Pflichtpraktika absolvieren zu müssen.

Prüfungsvorbereitungen. Auf 70 bis 80 Stunden komme sie pro Woche, erzählt sie. Ihren Urlaub nutzt sie für ihre unbezahlten Pflichtpraktika. Die 22-Jährige spricht vom „Hamsterrad Arbeit, Studium, Praktika“.

„In den Sozialberufen sind gerade einmal zwölf Prozent der Praktika bezahlt“, kritisiert Boris Ginner, bildungspolitischer Referent der AK Wien. In den Gesundheitsberufen sehe es noch schlechter aus, hier sind es mickrige sechs Prozent, während Informatikstudierende laut Studierenden-Sozialerhebung zu 95 Prozent bezahlte Praktika absolvieren. „Aus sozioökonomischer Perspektive ist das ein großes Problem“, erklärt Ginner. Soll heißen: So ein Studium muss man sich leisten können. Ein Ausschlussverfahren, für das ihm das Verständnis fehlt: „Gerade Gesundheits- und Pflegeberufe werden immer relevanter“, doch die Ausbildungsbedingungen sind alles andere als attraktiv.

Eineinhalb Jahre Gratisarbeit

Christopher Kleinlein opfert seine Mittagspause für ein Telefonat, „wir sind sehr eng getaktet“. Der 27-Jährige ließ seinen Bürojob hinter sich und studiert im zweiten Semester Gesundheits- und Krankenpflege an der FH Campus Wien. Sein erstes Praktikum liegt gerade hinter ihm, das zweite steht vor der Tür. Rund 2.300 Praktikumsstunden braucht er für seinen Abschluss, keine einzige davon wird entlohnt. Das entspricht ungefähr eineinhalb Jahren unbezahlter Vollzeitarbeit. Viele aus seinem Bekanntenkreis hätten sich daher gegen ein solches Studium entschlossen.

„Ich arbeite nicht nur unbezahlt, sondern muss fürs Arbeiten bezahlen.“

Christopher Kleinlein, Studierender FH Campus Wien

Einen zusätzlichen Job braucht Kleinlein nicht, er bekommt Weiterbildungsgeld vom AMS und ab dem dritten Semester ein Selbsterhalterstipendium. Dennoch muss er derzeit mit Bezügen nahe dem Existenzminimum auskommen, und ein Nebenjob kommt für ihn nicht infrage, weil ihm der zusätzliche Verdienst vom AMS-Geld wieder abgezogen wird.



„Wir Praktikant*innen nehmen Arbeit ab, wir sind eine echte Unterstützung, aber wir bekommen dafür kein Geld“, kritisiert Christoph Kleinlein, 27, der Gesundheits- und Krankenpflege an der FH Campus Wien studiert.

Kleinlein ist begeistert von seinem Studium. „Ich hatte von Anfang an das Gefühl, dass das das Richtige für mich ist.“ Nachsatz: „Bis auf die Praktika“. „Denn ich arbeite nicht nur unbezahlt, sondern muss fürs Arbeiten bezahlen“, kritisiert er. Für sein Studium sind halbjährlich gut 380 Euro Studiengebühren fällig, hinzu kommt Geld für Fachbücher, teilweise für Arbeitskleidung. Die Tickets für die Fahrt zum Praktikumsplatz und zurück zahlt Kleinlein selbst. Dabei unterscheidet sich seine Tätigkeit oftmals nicht sonderlich von der seiner Mitarbeiter*innen, er sei als „vollwertiges Mitglied“ in den Arbeitsprozess eingebunden und müsse genauso verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen: „Wir Praktikant*innen nehmen Arbeit ab, wir sind eine echte Unterstützung, aber wir bekommen dafür kein Geld.“ Mindestens die Hälfte des Gehalts der Fixangestellten wäre gerechtfertigt, findet Kleinlein.

Juristische Grauzone vs. Realität

Rechtlich ist ein solches Arbeitsverhältnis nicht unumstritten, genauer gesagt die Frage, ob es sich überhaupt um ein Arbeitsverhältnis handelt. AK-Bildungsreferent Ginner spricht von einem „Graubereich“, denn das Arbeitsrecht kennt den Begriff Praktikum nicht. Ginner fordert, auch Pflichtpraktika als Arbeitsverhältnisse anzuerkennen, denn nur so seien Betroffene auch arbeits- und sozialrechtlich abgesichert. „Sobald jemand Verantwortung übernimmt und

zum wirtschaftlichen Vorteil beiträgt, handelt es sich um ein Arbeitsverhältnis“, betont Ginner. Die Realität sieht oftmals anders aus.

Die für viele Studierende ohnehin prekäre Lage habe sich seit Ausbruch der Corona-Pandemie noch verschärft, beobachtet Leokadia Grolmus. Einige schmissen hin. „Menschen, bei denen ich wusste: Wenn die Eltern mehr Geld hätten, wenn die Mutter oder sie selbst nicht den Job verloren hätten, dann hätten sie das Studium abschließen können. Viele haben geweint, als ich mit ihnen darüber gesprochen habe.“

Tausende Unterschriften für ein Mindestgehalt

Und unter die Tränen mischte sich Wut. Grolmus nahm das zum Anlass für eine Petition, in der sie von den Landesregierungen und Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) ein Mindestgehalt von 950 Euro monatlich für ein Vollzeitpraktikum fordert. Mehr als 5.000 Menschen unterzeichneten innerhalb weniger Wochen. „Wir sind alle wütend. Es gibt keinen besseren Zeitpunkt für eine Petition“, findet Grolmus. Wie sie trotz ihres Arbeitspensums noch Zeit und Energie für politisches Engagement findet? – „Ich bin einfach pissed. Ich mache dasselbe wie meine Studienkolleg*innen, aber ich brauche viel mehr Energie, der ökonomische Druck ist viel höher. Marginalisierte Personen müssen sich immer doppelt und dreifach bewähren.“

„Dort, wo die Gewinnspanne entsprechend höher ist, können Praktikant*innen mit einem relativ guten Entgelt rechnen.“

Boris Ginner, AK-Bildungsreferent

„Frauenberufe“ gehen leer aus

Im privatwirtschaftlichen Sektor, insbesondere in der Industrie, sind unbezahlte Praktika selten. „Hier ist es den Gewerkschaften gelungen, kollektivvertragliche Regelungen für Praktika zu etablieren“, erklärt Ginner. Der AK-Bildungsreferent spricht von einem „Spiegel der Gesellschaft“: In jenen Bereichen, in denen die Arbeitsbedingungen prekär, Löhne und gesellschaftliche Wertschätzung gering sind, werden auch Praktikant*innen kaum entlohnt. Dort, wo die Gewinnspanne entsprechend höher ist, könnten Praktikant*innen mit einem „relativ guten Entgelt“ rechnen. Dass es sich bei Ersteren um sogenannte „Frauenberufe“ handle, sei kein Zufall, betont Ginner. Auch wenn die Relevanz dieser Berufe derzeit stärker ins öffentliche Bewusstsein rückt, orientiere sich die Bezahlung an „traditionellen Rollenbildern“. Die „Systemrelevanz“ ist zwar regelmäßiger Bestandteil medialer Lobeshymnen, aber spiegelt sich selten im Gehalt wider.

Albtraum

Grolmus wird ihr Studium voraussichtlich im Herbst abschließen. Ihre Geschichte ist ein Beleg dafür, dass man es schaffen kann. Die Geschichte von Leokadia Grolmus ist die verquere Version eines an sich schon ideologisch überladenen American Dreams: Wer sich anstrengt, hart arbeitet, Opfer bringt, die Zähne zusammenbeißt, kann es schaffen, sogar als Frau, man muss halt nur wollen. Nur wer untertags lohnarbeiten geht, bis tief in die Nacht lernt und in den eigentlichen Erholungsphasen Gratispraktika absolviert, kann es schaffen. Manchen gelingt das – aber längst nicht allen. Weil das viel Kraft und Energie kostet. Weil die Tellerwäscher*innen in dieser Version selten zu Millionär*innen werden, sondern ihnen nach Jahren der Entbehrung oftmals weitere prekäre Jahre bevorstehen. ▀

DREI FRAGEN ZUM THEMA



an
Christian Hofmann
GPA-Jugendsekretär

In der Industrie, im Gastgewerbe und im Handel sind Praktika längst kollektivvertraglich geregelt – wieso im Gesundheits- und Sozialbereich nicht?

Nichts ist geschenkt! Bezahlte Praktika wurden in diesen Branchen von den Gewerkschaften hart erkämpft. Im Gesundheits- und Sozialbereich ist uns das bis dato nicht gelungen, hier braucht es eine stärkere Organisation und Involvierung junger Menschen. Praktikant*innen müssen sich auf die Füße stellen – und wir werden alles dafür tun, sie dabei zu unterstützen!

Was bedeutet diese prekäre Situation für Praktikant*innen im Gesundheits- und Sozialbereich – gerade in diesen Zeiten?

Sie müssen sich beständig fragen: Wie kann ich mir meine Miete, Strom und Essen leisten? Berufsbegleitend Studierende müssen sich Urlaub nehmen, um ihre Praktika absolvieren zu können. Das ist eine zusätzliche Hürde in einem Bereich, wo seit Beginn der Corona-Krise betont wird, man brauche mehr Personal, man müsse junge Menschen für diese Berufe motivieren. Ein bezahltes Praktikum wäre auch ein Motivator und eine Form der Anerkennung.

Was würde eine kollektivvertragliche Regelung an deren Situation konkret verbessern?

Existenzsicherung und Wertschätzung. Und es gäbe – die Rahmenbedingungen betreffend – endlich Klarheit für alle Beteiligten, für Betriebe und Praktikant*innen. Dazu muss man sagen: Dass Praktikant*innen im Gesundheits- und Sozialbereich zumeist nicht bezahlt werden oder nur ein Taschengeld erhalten, scheitert oft nicht am Unwillen der Arbeitgeber. Die sind meist selbst von öffentlichen Geldern abhängig. Es scheitert an den politischen Rahmenbedingungen – die Politik ist hier gefordert, mehr Geld zur Verfügung zu stellen!

Jung und perspektivlos

Lehrlinge in der Gastronomie und im Tourismus trifft die Corona-Krise ganz besonders. Sie lernen Berufe, bei denen niemand weiß, wann und wie es weitergeht. Ein Lokalausgang im Gastgewerbe.

TEXT EVA REISINGER



Das Geschirr klappert. Es riecht nach frischem Kaffee. Auf dem Gang warten schon die Schüler*innen. Sie plaudern miteinander oder blicken in ihre Smartphones. Viele sind ganz in Weiß oder ganz in Schwarz gekleidet. Auf einigen Köpfen erheben sich spitze Hauben. Masken verdecken ihre Gesichter. Die Köch*innen in der Berufsschule für Gastgewerbe warten auf den Beginn der Stunde. Dass sie nicht zu Hause vor dem Bildschirm hocken, freut hier alle. An diesem Donnerstag lernen sie, wie Lachs gekocht und serviert wird.

Ihre Branche leidet besonders unter den Folgen des Corona-Virus. Restaurants, Bars und Hotels sind geschlossen – viele schon lange. 108.416 Lehrlinge gab es im Jahr 2020 insgesamt. Manche sind in Kurzarbeit, andere in der Berufsschule, wieder andere sitzen in leeren Betrieben oder haben ihre Lehrstelle längst verloren. Ob und wie ihre Betriebe die Krise überstehen, ist fraglich. Im vergangenen Jahr gingen die Insolvenzen wegen der zahlreichen Unterstützungen stark zurück. Enden diese, könnte das aktuellen Einschätzungen zufolge 15.000 mögliche Insolvenzen mit sich bringen.

Dass sie einmal ohne Betrieb dastehen würde, das hätte sich Christina nie gedacht. Sie wählte die Hotellerie aus, weil sie diese Branche für besonders sicher hielt. „Ich dachte mir, im Tourismus wird es in Österreich immer Jobs geben.“ So begann die 20-Jährige eine Lehre zur Hotel- und Gastgewerbeassistentin kurz vor Weihnachten 2019. Heute würde sie sich nicht mehr dafür entscheiden. Ja, heute würde sie so einiges anders machen.

Wenn das Hotel plötzlich Wohnungen weicht

Christina muss in ihrem Job früh aufstehen, lange auf den Beinen sein und liebt das. Nach wenigen Monaten Lehre erschüttern dann die ersten Corona-Fälle das Land. Schließlich muss ihr Hotel in der Wiener Altstadt vorübergehend schließen. Manchmal darf sie noch in den Betrieb – zum Putzen oder wenn doch mal Gäste kommen. In der Kurzarbeit beginnt Christina die Matura nachzuholen und auf Hunde aufzupassen. „Ich musste irgendetwas tun!“ Während des Videogesprächs streicht sie ihre Haare mit einem Seufzen nach hinten. „Ich saß den ganzen Tag zu Hause und war abends nie müde. Das hat mich verrückt gemacht!“ Die Frage, ob sich der Betrieb in der schweren Zeit adäquat um sie bemüht habe, lässt sie auflachen. Lange wusste sie überhaupt nicht, wie es weitergehen könnte. Lange hörte sie vom Betrieb gar nichts. Im Oktober saßen dann alle zusammen im Hotel an einem Tisch. Es sei nicht mehr profitabel, hieß es, es werde abgerissen und durch Wohnungen ersetzt. Der Hoteldirektor erklärte ihr, sie solle sich keine Sorgen machen, sie könne ihre Lehre fertig machen.

Bereits in den Monaten zuvor überlegte Christina immer mal wieder, bei der Gewerkschaft vida anzurufen, in der sie Mitglied ist. „Ich hatte Angst, mein Hotel damit zu verraten.“ Heute muss sie auch über diesen Gedanken lachen. Im Februar bekommt sie



Christina begann eine Lehre in der Hotellerie – das würde sie heute, nach etlichen Corona-Lockdowns und deren Folgen, nicht mehr tun.

dann plötzlich kein Gehalt mehr auf ihr Konto und erfährt, dass sie rückwirkend vom Hotel abgemeldet wurde. Christina holt sich Hilfe von der Gewerkschaft, spricht mit dem AMS und macht nun ihre Lehre in einer überbetrieblichen Werkstätte weiter. In einem ehemaligen Hotel übt sie jeden Tag mit anderen Lehrlingen, die ebenfalls ihren Betrieb verloren haben. Christina bewirbt sich weiter, findet aber kein Hotel, das sie aufnehmen möchte.

Ein Einzelfall? – Laut AMS suchten im Februar über 10.000 Menschen eine Lehrstelle. Sumit Kumar ist Bundesjugendsekretär bei vida, der österreichischen Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft, und betont, das Wichtigste sei, dass Ausbildungen aktuell nicht abgebrochen werden. „Jede Ausbildung ist sinnvoll. Natürlich macht es aber einen Unterschied, ob man in der Praxis draußen lernt oder in einer Lehrwerkstatt“, so Kumar. Der Sinn einer überbetrieblichen Maßnahme sei, die Lehrlinge aufzufangen, bis sie eine Lehrstelle am ersten Lehrstellenmarkt finden. „Das Problem ist, dass es diese Lehrstellen aufgrund der Hotel- und Gastromieschließung aktuell nicht gibt.“

Brief an den Bundeskanzler

Soraya Safai Aminis weiße Turnschuhe leuchten. Wenn sie mit ernster Miene von den Problemen der Lehrlinge spricht, wirkt sie älter als 20 Jahre. Sie ist Lehrling im Hilton Wien und Schulsprecherin der Berufsschule für Gastgewerbe. Sie weiß, was die jungen Menschen rund um sie gerade beschäftigt. Sie wird von ihnen angerufen, erfährt von Existenzängsten, hört sie weinen.

Es war kurz vor Weihnachten, als es Soraya Safai Amini reichte und sie einen Brief an Bundeskanzler Sebastian Kurz verfasste.



Soraya Safai Amini wandte sich in einem Brief direkt an den Bundeskanzler – „ein Hilfeschrei“, sagt die 20-Jährige.

„In meiner Schule haben die Lehrlinge das Gefühl, nicht ordentlich von der Regierung vertreten zu werden“, schreibt die Schulsprecherin dem Kanzler. Einige Betriebe seien bereits geschlossen, die Auszubildenden würden unter psychischen Problemen leiden. Sie macht klar: „Sehen Sie diesen Brief als Hilfeschrei der Jugend!“ Auf diesen reagierte erst einmal lange niemand. Schließlich erhielt sie eine E-Mail vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort mit dem Verweis auf die Maßnahmen der Regierung – wie etwa den Lehrlingsbonus – und dem Tipp, sich an die Lehrlingscoaches zu wenden. Soraya Safai Amini enttäuscht das. „Ich hätte mir zumindest eine persönliche Antwort erwartet.“ Dass man aktuell auf die Lehrlinge vergesse, werde man noch bitter bereuen, meint sie. „Wir sind doch die so dringend gebrauchten Fachkräfte von morgen.“

Schon vor der Corona-Krise herrschte ein Fachkräftemangel. So gilt der Koch beziehungsweise die Köchin in Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg längst als Mangelberuf. Im Jahr 2018 gaben 37 Prozent der Unternehmen an, gerne mehr Lehrlinge auszubilden, wenn sie passende Kandidat*innen finden würden. Es braucht also dringend Maßnahmen – auch ohne Corona. Aktionen wie etwa der Lehrlingsbonus seien leider nur Symptomtherapie, sagt Veronika Bohrn Mena, Arbeitsmarktexpertin und Gewerkschafterin. Man müsse sich die aktuellen Reformen so vorstellen: „Wie ein Deckel auf dem überlaufenden Topf, doch die Suppe läuft ja trotzdem aus.“

Auffangnetze

Normalerweise kommen im März immer viele neue Schüler*innen in die Berufsschule im zwölften Wiener Gemeindebezirk. „Wir haben noch Platz“, betont Direktor Erich Loskot. „Für uns wäre es denkbar, jetzt zusätzliche Lehrlinge aufzunehmen, damit sich die Betriebe für die Öffnungen rüsten und die Lehrlinge im Herbst

schon etwas können.“ Wenn man fragt, wie die Stimmung an der Schule sei, antwortet der stellvertretende Direktor Christian Rußbacher: „Für die extrem angespannte Situation ist die Stimmung gut. Wir halten alle sehr zusammen. Die Schüler sind unheimlich froh, da sein zu können.“ Es gebe auch weniger disziplinäre Probleme. Die Mischung zwischen Präsenz- und Online-Unterricht stelle sie aber vor Herausforderungen.

Auch für Sumit Kumar stellt die Digitalisierung eines der größten Themen aktuell dar: „Die Lehrlingsausbildung muss endlich modernisiert werden. Einige Lehrlinge sind schon über ein Jahr im Homeschooling, und es fehlt immer noch an den Basics.“ Es brauche mehr EDV-Ausrüstung, mehr Laptops, aber auch Fördermaßnahmen. Er weist darauf hin, dass viele Lehrlinge mit Eltern zu Hause sitzen, die ihnen gar nicht helfen können. Diese Lehrlinge brauchen jetzt Unterstützung, um sich auf die Lehrabschlussprüfungen vorzubereiten.

Sehnsucht

Aktuell warten alle sehnsüchtig auf eine Öffnung. Doch auch wenn die Hotels und Restaurants wieder öffnen, muss der Tourismus zurückkommen. Bis dahin gilt es, die Zeit möglichst sinnvoll zu nutzen. Nun wäre ein guter Zeitpunkt, um seine Lehrlinge zu unterstützen, für zusätzliche Einschulungen und vor allem, um nicht auf sie zu vergessen, so Kumar. Bohrn Mena sieht die Verantwortung auch bei der Politik: „In Wirklichkeit wäre es die Aufgabe der Politik, Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und gerade die Gruppen zu unterstützen, die es aktuell besonders schwer haben.“

Soraya Safai Amini will weiter für die Jungen eintreten. Sie selbst freut sich darauf, die Turnschuhe bald gegen Lackschuhe tauschen zu können und endlich wieder mit Gästen zu tun zu haben. Ja, sogar auf die Beschwerden der Gäste freue sie sich, sagt sie. ►

Wie geht's den Leuten in Gastronomie und Hotellerie?



JOHANN LASCHALT

BR-VORSITZENDER, REDUCE PLUS GESUNDHEITSRESORT BAD TATZMANNSDORF

Das größte Problem ist die Ungewissheit, wann es wieder richtig losgeht. Bis Ende März waren alle Kolleg*innen in Kurzarbeit. Um den Arbeitsplatz fürchtet sich zwar niemand, aber sie möchten wieder regulär arbeiten. Bei uns tragen alle FFP2-Masken und werden wöchentlich getestet. Wir nutzen die Zeit für interne Schulungen und neue Projekte, etwa vegane Küche.



GERD ZADNJAK

BR-VORSITZENDER, HUMANOMED ZENTRUM ALTHOFEN

Wir hatten nur drei Monate Kurzarbeit, seit Juni haben wir durchgehend geöffnet. Darüber sind alle sehr froh. Wir konnten sogar neue Lehrlinge in der Gastronomie aufnehmen, das ist ein gutes Signal! Aufgrund unserer strengen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen hoffen wir, dass es zu keinen weiteren Schließungen im Kur- und Reha-Bereich kommt.



EVA EBERHART

BR-VORSITZENDE, NORDSEE GES.M.B.H.

Wir sind alle seit Anfang der Pandemie in Kurzarbeit und konnten dadurch Arbeitsplätze sowie Aus- und Weiterbildungen sichern. Leider haben uns viele Mitarbeiter*innen aufgrund der großen Unsicherheit in der Branche verlassen. Wir schauen im Unternehmen nach vorne – mit Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen und innovativen Konzepten, etwa Home Delivery.

Betriebliche Mitbestimmung ist auch in Österreich keine Selbstverständlichkeit. Die Krise hat gezeigt, wie wichtig Betriebsräte und Gewerkschaften sind.

Da überrascht es wenig, dass schon während der Pandemie das Revival der Sozialpartnerschaft in Österreich gefeiert wurde. Deren Stärke zeigt sich besonders in Krisen – ist sie doch nach 1945 selbst in einer solchen entstanden. Die Bedeutung von betrieblicher Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Organisation erscheint in solchen Phasen wichtiger als zuvor. Doch die aktuelle Situation könnte vor allem als Katalysator einer Entwicklung dienen, die teilweise schon zuvor eingesetzt hat.

Schon 2018 begann etwa Neuseeland, an dem Konzept der „Fair Pay Agreements“ zu arbeiten. Dadurch sollen Arbeitnehmer*innen und deren Vertreter*innen, ähnlich wie bei österreichischen Kollektivverträgen, eine Möglichkeit zur Mitbestimmung bei sektorspezifischen Arbeitsbedingungen haben. Noch in den 1990er-Jahren hat das Land verstärkt auf die Abschaffung von Gewerkschaften und Deregulierung des Arbeitsmarktes gesetzt. Auch die OECD hat 2019 mit „Negotiating Our Way Up“

ein Programm vorgestellt, das die kollektive Mitbestimmung von Arbeiter*innen und Angestellten stärken soll.

Verzehnfacht

Alan Manning, Professor für Ökonomie an der London School of Economics, weist gegenüber der „Financial Times“ darauf hin, dass junge Ökonom*innen mittlerweile verstärkt auf die ungerechte Verteilung von Arbeit und Kapital hinweisen. Diese Ungleichheit ist während der Krise für viele noch stärker spürbar. Und um das auszugleichen, organisieren und vernetzen sich vermehrt junge Leute. So hat die britische Plattform „Organise“, die sich der Vernetzung von Arbeiter*innen verschrieben hat, ihre Mitgliederzahl während der Pandemie von 100.000 auf eine Million verzehnfacht.

Sogar in den USA, wo das Konzept der Mitbestimmung im Arbeitsbereich fast anrühlich anmutet, hat der aktuelle Präsident Joe Biden bereits mehrere Schritte gesetzt,

um Gewerkschaften und Arbeiter*innenrechte zu stärken. Nicht zuletzt hat auch er Amazon gewarnt, ihre Kampagne gegen die Bildung einer Gewerkschaft fortzusetzen.

Es sind aber nicht nur in den USA häufig die großen Konzerne, die sich aktiv gegen Mitbestimmung ihrer Mitarbeiter*innen wehren. So kam etwa eine Studie in Deutschland zu dem Schluss, dass zuletzt jede sechste Betriebsrats-Neugründung durch Arbeitgeber verhindert wurde. Das könnte auch ein Grund dafür sein, warum die Zahl der Betriebsrät*innen in vielen Ländern sinkt.

Red Bull und Douglas

Auch in Österreich sind solche Methoden bekannt. Teilweise werden sie sehr offen angewendet: So hat etwa Dietrich Mateschitz, Red-Bull-Milliardär und Eigentümer von ServusTV, 2016 damit gedroht, den Fernsehsender zu schließen, weil in der Belegschaft eine Umfrage geteilt wurde, ob Interesse an der Gründung eines Betriebsrats bestehe. Die Mitarbeiter*innen waren bereits beim AMS gemeldet – erst ein Brief, in dem die Belegschaft versicherte, keinen Betriebsrat gründen zu wollen, besänftigte Mateschitz. Auch die Parfümeriekette Douglas soll mehrere Frauen gekündigt haben, weil diese einen Betriebsrat gründen wollten. Eine der Kündigungen hat das Unternehmen letztes Jahr aufheben müssen.

Betriebliche Mitbestimmung ist also auch in Österreich keine Selbstverständlichkeit. Doch die Krise hat nicht nur bei uns gezeigt, wie wichtig Betriebsräte und Gewerkschaften sind. Wie es nach der Pandemie weitergehe, könne man laut Stadler nicht prophezeien: „Was man vielleicht voraussagen kann, ist, dass sich neoliberale Tendenzen, die es vor allem in den 1990er- und 2000er-Jahren gab, nicht mehr so durchsetzen werden.“ Ob die Aufwertung der Mitbestimmung Bestand hat, wird sich aber hoffentlich früher als später weisen. ▀

BLOG

Eva Angerler, Abteilung Arbeit und Technik in der GPA

Michael Heiling, Abteilung Betriebswirtschaft in der AK Wien

Martina Chlestil, Abteilung Sozialpolitik in der AK Wien

Zusammengefasst von Anja Melzer

Künstliche Intelligenz: Es geht nur gemeinsam

Wenn automatisationsunterstützte Anwendungen im Betrieb eingesetzt werden, gibt es – wenn damit auch personenbezogene Beschäftigtendaten verarbeitet werden – grundsätzlich starke Mitsprache- und auch Vetorechte für die betriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten. Bei Anwendungen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz sind die Auswirkungen auf die Arbeitsrealität und die Beschäftigten zunächst auch mit IT-Fachwissen nicht eindeutig abschätzbar. Es braucht daher eine umfassende prozessorientierte Einbindung der Betriebsräte und der Beschäftigten – einen „Bottom-up-Ansatz“.

Technische Innovationen werden immer komplexer. Die Digitalisierung wurde durch die COVID-19-Pandemie noch mehr getriggert, der digitale Büroalltag und die Distanzarbeit wurden – zumindest im Angestelltenbereich – in kürzester Zeit Realität. Dies verschärft die Situation für Betriebsräte, Anforderungen an das eigene IT-Fachwissen und die notwendige Vernetzung mit den Fachabteilungen und den IT-Fachkräften im Betrieb werden noch höher.

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz hat Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsrealität im Betrieb. Weitere Risiken: „Selbst lernende“ Anwendungen orientieren sich bei ihrer Analyse an der Realität. Diese wiederum ist von umfassenden Machtungleichgewichten und Diskriminierungsverhältnissen geprägt. Für künstliche Intelligenz besteht daher die Gefahr, dass sie diese diskriminierenden Realitäten weiter fort- und tiefer einschreibt. Voraussetzung für künstliche Intelligenz ist das umfangreiche – und mitunter zusätzlich unkontrollierte – Erheben von personenbezogenen Beschäftigtendaten. In der betrieblichen Realität entsteht dadurch ein noch stärkeres Kontroll- und Überwachungspotenzial gegenüber den Beschäftigten. Eine Möglichkeit, diesen massiven Risiken zu begegnen und Potenziale zu heben, wäre ein „Bottom-up-Ansatz“ in den Betrieben bei der Einführung künstlicher Intelligenz. Wenn Beschäftigte und ihre Vertreter*innen schon am Beginn des Prozesses eingebunden sind, können konkrete Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen gut analysiert und erkannt werden, und es können Betriebsräte auch von ihren Mitspracherechten Gebrauch machen. Denn nicht alles, was technisch möglich ist, ist organisatorisch, menschlich und wirtschaftlich sinnvoll.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Hart, aber auch herzlich

Sie hören zu, ringen mit Geschäftsführungen um soziale Lösungen und heben auch abends noch das Telefon ab: Betriebsrät*innen. Sechs Betriebsratsmitglieder quer durch Österreich blicken auf ein Jahr Pandemie zurück und erzählen, warum sie sich diese Arbeit antun.

TEXT IRENE STEINDL



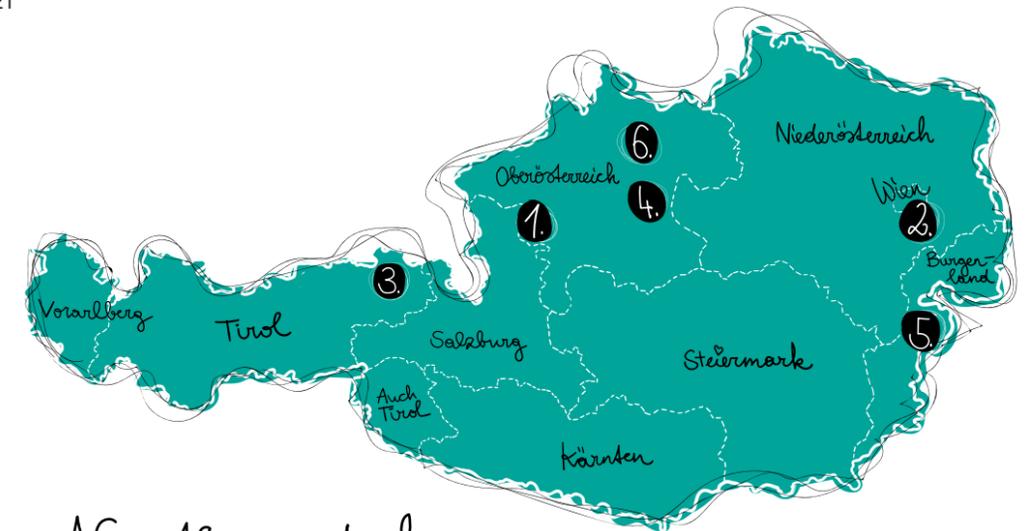
*Im Hotel Weißes Rössl am Wolfgangsee arbeiten 90 bis 150 Beschäftigte aus mehr als 20 Nationen. **Stephanie Unterberger** ist ihre Betriebsratsvorsitzende – mit 23 Jahren eine der jüngsten Österreichs.*

Die Geschäftsführung ist bald auf uns zugekommen wegen Kurzarbeit. Wir mussten im Betriebsrat erst mal die Lage verstehen und dann auch den Kolleg*innen erklären. Kurzarbeit ist für die Gastronomie ja ein völlig neues Modell. Zunächst waren die Beschäftigten sehr verunsichert, was die Abrechnungen betrifft. Muss ich den Urlaub abbauen? Wie viel? Warum bekomme ich weniger Geld? In der Zeit war es ihnen besonders wichtig, mit jemandem aus den eigenen Reihen reden zu können. Mich kennen alle, da ich an der Rezeption arbeite. Wir haben mehr als 20 verschiedene Nationen, da ist Deutsch nicht immer die Muttersprache. Kolleg*innen aus der Slowakei oder aus Ungarn haben mir geholfen, die Informationen zu übersetzen.

Im Juni letzten Jahres hat unsere Saison begonnen, im Juli war das Haus voll. Und dann gab's einen Corona-Cluster in St. Wolfgang, und die Stornierungen sind wie eine Sintflut losgebrochen. Dabei hat uns das gar nicht betroffen. In der Gastronomie und Hotellerie haben wir schon lange Hygiene- und Sicherheitskonzepte. Eh klar, wir arbeiten ja mit Lebensmitteln, mit Getränken und mit Menschen. Derzeit arbeiten 90 Beschäftigte im Weißen Rössl, in der Hochsaison bis zu 150. Alle sind in Kurzarbeit. Schön langsam verlieren die Kolleg*innen die Motivation. Sie fragen immer öfter: Wann können wir endlich wieder aufsperrn?

Einfach mal miteinander reden

Es ist ein gutes Gefühl zu wissen, dass mir die Kolleg*innen vertrauen und sie gern zu mir kommen, dass sie sich auf mich verlassen können. Wenn sich Kolleg*innen aufregen, sag ich: „Komm, jetzt gehen wir mal kurz raus.“ Manchmal wollen sie dann einfach jemanden zum Zuhören. Nach einem Gespräch ist viel von der Spannung draußen. Davon profitiert auch die Geschäftsführung.



2. Wienerberger AG, Hennerdorf

Wir haben die Kolleg*innen sofort zur Kurzarbeit angemeldet und sie gebeten, Zeitguthaben und Urlaub abzubauen, sodass sie keinen Einkommensverlust haben. Für die Arbeiter*innen hat die Kurzarbeit aber nur zehn Tage gedauert. Dann hat die Politik gesagt: Die Bauwirtschaft muss weitergehen! Die Marktnachfrage war so stark, dass wir Lieferengpässe hatten. Der Ofen zum Ziegelbrennen braucht eine Woche zum Runterfahren und eine Woche zum Hochfahren. Wir konnten also drei Wochen nichts produzieren und hatten danach Probleme, die Baustellen ausreichend zu beliefern. Das war logistisch ein enormer Aufwand und für die Kolleg*innen mühsam, weil sie versucht haben, den Rückstand aufzuholen.

Bitte kein Homeoffice

Wir hatten ein gutes und faires Abkommen mit dem Unternehmen, sodass nur wenige von den 20 Prozent Einkommensverlust durch Kurzarbeit betroffen waren. Da ist uns das Unternehmen sehr entgegengekommen. Es waren zwar immer wieder Verhandlungen nötig, aber wir haben soziale Lösungen gefunden. Homeoffice schmackhaft zu machen war hingegen gar nicht so einfach. Manche Kolleginnen haben mich gefragt: Kann ich bitte ins Büro kommen? Ich kann zu Hause nicht arbeiten mit zwei Kindern und dem Mann im Homeoffice. Für Eltern war das eine Rieseneinbelastung, Arbeit und Kinderbetreuung unter einen Hut zu bringen. Das hat mich auch als Betriebsrat extrem gefordert.

Ich bin als Europäischer Betriebsrat sonst überall in Europa unterwegs. Das geht jetzt nicht. Wir arbeiten über Videokonferenzen mit Simultan-Dolmetscher*innen, aber das ersetzt kein persönliches Treffen. Das Informelle fehlt, all die wichtigen Gespräche zwischendurch.

Mir macht meine Arbeit Spaß, und zwar wirklich! Ich bin seit 31 Jahren im Unternehmen und bereue keinen Tag. Klar gibt es viel Unangenehmes, gerade als Betriebsrat muss man oft Hiobsbotschaften überbringen. Das ist mühsam und belastend. Auf der anderen Seite: Du kannst mit Leuten reden, du kannst was erreichen für die Kolleg*innen – auch auf europäischer Ebene. Und immer wieder kommt mal wer und sagt: „Danke, das hast du super gemacht!“

*Der kurze Produktionsstopp bei Wienerberger hat schnell zu Lieferengpässen geführt. Die Marktnachfrage in der Bauwirtschaft ist enorm. Für den Betriebsratsvorsitzenden **Gerhard Seban** ist die Arbeit extrem mühsam geworden. Videokonferenzen und Telefonate statt Gesprächen von Angesicht zu Angesicht.*





3. Altenwohnheim Kitzbühel

Die Angst, an Corona zu erkranken und dabei jemanden anzustecken, ist bei uns riesengroß. Bislang hatte niemand der Bewohner*innen Corona. Seit November müssen wir uns dreimal wöchentlich testen. Das heißt: Dreimal pro Woche fährt dir jemand mit dem Staberl in die Nase. Hinzu kommt das ständige Tragen der Masken. Wir sind großteils geimpft, dennoch dürfen unsere Bewohner*innen nur zweimal wöchentlich Besuch empfangen. Alle sind unzufrieden: die Bewohner*innen und die Mitarbeiter*innen. Kein Mensch hält das mehr aus. Wir brauchen bald eine Perspektive, wie es weitergeht.

Viele Bewohner*innen sind schwerhörig und lesen normalerweise unsere Lippen. Die sehen sie mit der Maske nicht, deswegen schreien wir jetzt den ganzen Tag. Manchmal merke ich gar nicht, dass ich zu Hause auch noch schreie. Das Schlimmste ist aber das Duschen. Wenn du im Bad mit Maske arbeitest, bei dieser Hitze und dem Dampf, und dabei Menschen hebst ... das ist unerträglich. Deshalb haben wir im Betriebsrat früh eine Maskenpause durchgesetzt. Die Kolleg*innen müssen zwischendurch mal Luft holen.

Demenz ist stärker geworden

70 Prozent unserer Bewohner*innen sind dement. Seit der Pandemie ist die Demenz stärker geworden. In der Früh hole ich die Klient*innen fürs Tageszentrum ab, im Auto müssen sie Maske tragen. Aber setz mal jemandem mit Demenz die Maske auf! Ich erkläre ihnen dann: „Jetzt sind so viele verkühlt, darum brauchen wir das.“ Die Wahrheit, die Pandemie, verstehen sie nicht. In unserem Bereich ist auch Berührung sehr wichtig. Alte Menschen wollen in den Arm genommen werden. Täglich fragen sie: „Wann darf denn mein Sohn wieder rein?“ oder „Kann meine Tochter heute kommen?“ Wir antworten dann: „Schauen wir mal, schauen wir mal!“

Fein wäre es, nicht dauernd testen zu müssen. Und wir wollen eine Perspektive, wann wir mit den Bewohner*innen mehr machen können, mehr Leben ins Haus bringen. Zum Beispiel stockübergreifende Gesprächskreise, Spielvormittage, Ausflüge, ein Maifest. Das geht jetzt alles nicht.

Wir fordern eine Zulage, mehr Freizeit und mehr Personal. Bei uns arbeiten 150 Beschäftigte, die meisten davon Frauen. Von vielen ist der Partner in Kurzarbeit oder arbeitslos. Daher ist Geld jetzt wichtig, um über die Runden zu kommen. Zusätzlich brauchen wir mehr Freizeit. Das Geklatsche letzten Sommer hat nichts für uns geändert, das war reine Augenauswischerei. Und was passiert nach der Pandemie? Nach Krisen drohen immer Einsparungen, zuerst im Sozialbereich. Das darf keinesfalls passieren! Jetzt heißt es: am Ball bleiben und weiter fordern.

*Im Altenpflegewohnheim Kitzbühel sind 70 Prozent der Bewohner*innen dement. Sie wollen umarmt werden und verstehen nicht, warum alle Masken tragen. Das Pflegepersonal ist erschöpft. Die Betriebsratsvorsitzende Margit Luxner fordert mehr Geld und Freizeit statt nur Geklatsche.*



4. Postbus AG, Steyr

Vor dem ersten Lockdown hatte ich in allen Dienststellen Abendveranstaltungen angekündigt, um den Kolleg*innen den Gehaltszettel zu erklären. Der ist sehr kompliziert bei uns, keiner kennt sich aus. Dann ist der Lockdown gekommen. Im Herbst haben wir erneut die Veranstaltungen geplant, und dann kam der zweite Lockdown. Viele fragen mich: „Wo bleibst du denn? Du hast versprochen, dass du kommst!“ Ich muss ihnen dann sagen: „Ich darf nicht kommen!“ Das ist echt ein Problem.

Die meiste Arbeit haben wir im Betriebsrat mit der Gehaltsabrechnung. Das ist so kompliziert! Darum ist es wichtig, dass ich bald zu den Leuten komme und ihnen das erkläre – die Zeitausgleichstage, die Zwölfstel-Regelung ... Ich hab eine Präsentation vorbereitet, in der ich jede Spalte des Gehaltszettels erkläre. Aber wir dürfen ja nicht zusammenkommen. Seit der Pandemie hab ich daher zwei Telefone. Während das eine läutet, telefoniere ich am anderen. Am Vormittag bin ich oft zwei bis drei Stunden nur am Telefonieren.

Es gibt kaum Toiletten

Ich habe keine Lösungen für alle Probleme, aber ich höre zu. Man muss als Betriebsrat zuhören, das Problem sehen und es anpacken. Ein Beispiel: Wir Busfahrer*innen haben manchmal nur wenige Minuten Pause, und nicht überall gibt es eine Toilette. Das ist ein Problem! Leider müssen wir das der Geschäftsführung immer wieder klarmachen. Die hat drei Meter weiter ein Klo und versteht nicht, was es heißt, keines zu haben. Die öffentlichen Toiletten und die Wirtshäuser sind ja zu. Wir ernähren uns auch viel ungesünder seit der Pandemie. Offen haben vor allem Würstelstände und Fast-food-Ketten. Oder wir holen uns eine Leberkäsemmel vom Supermarkt. Aber eine warme Mahlzeit spielt's selten.

Gerald Kammerhuber vertritt

850 Beschäftigte beim Postbus in der Region Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich. Seit der Pandemie gibt's kaum noch warmes Essen und öffentliche Toiletten. Der Betriebsrat will vor allem eines: Rasch zu den Leuten, sonst gibt's Schimpfe.

Ich bekomme auch Schimpfe

Ich bin gern bei den Leuten, auch wenn sie ab und zu schimpfen: „Wo bleibst du denn?“ „Warum dauert das so lange?“ Dann frag ich mich: Warum tust du dir das an, Geri? Ich könnte ja auch sagen: „Danke, das war's!“, mich in den Bus setzen und hinter mir die Sintflut. Manchmal schlafe ich nächtelang nicht, weil mein Kopf so voll ist oder ich an einer Lösung tüftle. In den Fahrpausen kontrolliere ich Dienstpläne, Abrechnungen ... Das ist irre viel Arbeit, die niemand sieht. Gesehen wird's nur, wenn Geld nachgezahlt wird. Trotzdem freue ich mich, am nächsten Tag in die Arbeit zu fahren, ich freue mich auf meine Kolleg*innen. Man muss sich als Betriebsrat das Lob eben abholen. Wenn ich für Kolleg*innen etwas erreicht habe, frage ich bei ihnen nach: „Hat sich das geklärt?“ Dann erinnern sie sich: Dein Betriebsrat steckt dahinter.



*Es rauscht, gluckert und ab und zu spritzt eine Fontäne hoch im Wellenbecken der Sonnentherme Lutzmannsburg. Sonst ist es mucksmäuschenstill. Seit sechs Monaten kommen keine Gäste mehr. Der Betriebsratsvorsitzende **Thomas Friedl** hofft auf eine Öffnung ab Mai.*



5 Sonnentherme, Lutzmannsburg

Im März 2020 haben wir zum ersten Mal zugesperrt und Kurzarbeit vereinbart. Da waren die ersten Bedenken: Müssen wir Urlaub hergeben? Wird uns eh nichts weggenommen? Im Juli und August hatten wir ein super Ergebnis, die Leute sind wieder gekommen. Leider hat die Regierung nicht evaluiert, welche Risiken es tatsächlich gibt im Tourismus. Im Herbst mussten wir wieder zusperren und haben seither geschlossen. Die Beschäftigten fragen immer öfter: „Wann machen wir wieder auf?“ Sie vermissen die Gäste und die Kinder. Wir sind ein Tourismusland und brauchen Perspektiven. Die Sicherheitskonzepte sind schon lange fertig und werden immer weiter verfeinert, aber wir haben keine Perspektive, wann wir aufsperrern können.

Seit Jänner beliefern wir Kindergärten, Gasthäuser und Privatpersonen mit Bio-Essen aus der Therme. Das Essen wird hier gekocht und mit Elektroautos ausgeliefert. Das ist eine super Möglichkeit, Lehrlinge und Personal zu beschäftigen. Die Beschäftigten freuen sich, in die Therme kommen und arbeiten zu können. Wir haben dank Kurzarbeit den Personalstand von 235 Beschäftigten gehalten. Mit fast der Hälfte der Kolleg*innen kann ich Kontakt halten, die kommen regelmäßig rein. Viele Beschäftigte kommen aus Ungarn. Wenn sie mich sehen, gehen die Fragen sofort los. Sie brauchen Hilfe bei Formularen, beim Steuerausgleich etc. Das geht am Telefon nicht so gut. Ein Problem sind auch die verschärften Anreiseterminungen aus Ungarn. Es fehlen klare Vorgaben, das ist organisatorisch sehr aufwändig. Ich hoffe, dass wir uns im Betriebsrat bald weniger mit dem Organisatorischen herumschlagen müssen und wieder „normale“ Betriebsratsarbeit machen können.

Sich selbst mal auf die Schulter klopfen

Seit ich im November letzten Jahres den Vorsitz im Betriebsrat übernommen habe, bin ich im Lockdown. Es gibt nur zwei Kollegen, die schon länger hier arbeiten als ich. Vor 26 Jahren habe ich als Betriebsleiter in der Therme begonnen. Mich kennen alle als Thomas, den Elektriker. Dadurch haben die Kolleg*innen Vertrauen zu mir. Und Vertrauen ist wichtig, das hab ich in den letzten Monaten gemerkt. Die Arbeit im Betriebsrat ist völlig konträr zur Arbeit als Betriebsleiter. Als Elektriker war ich es gewohnt, dass meine Arbeit gesehen wird und ich Anerkennung dafür bekomme. Als Betriebsrat machst du viel für andere, bekommst aber selten Lob. Daher musst du selber die kleinen Erfolge feiern und dir ab und zu auf die Schulter klopfen.



6 Pfeiffer Logistik, Traun

Zu Beginn der Pandemie war die Warenbeschaffung aufgrund geschlossener Grenzen erschwert. Gleichzeitig haben viele Leute wie wild gehamstert: Germ, Küchenrollen, Konservendosen, Toilettenpapier. Als die Grenzen wieder offen waren, sind wir mit der Warenannahme und der Auslieferung kaum nachgekommen. Wir haben mehr Personal gebraucht und viele Überstunden gemacht. Dass wir gerade nicht planen können, macht die Arbeit in der Logistik schwer. Wir müssen sehr kurzfristig Waren kaufen, die Lagerplätze und die Auslieferungen koordinieren und das Personal oft sehr kurzfristig einteilen.

Corona wird als Ausrede benutzt

Die Kommunikation zwischen Führungsebene und Mitarbeiter*innen hat sich seit der Pandemie weiter aufgeladen. Die Probleme schoppen sich, Corona wird da gerne seitens der Geschäftsführung als Ausrede benutzt. Die Mitarbeiter*innen sind auch verunsichert: Im Lagerbereich wurden kaum Maßnahmen zur Sicherheit der Beschäftigten gesetzt. Nur Zettel mit Verhaltensregeln aufzulegen ist zu wenig. Früher war der Eigentümer für alle sichtbar, plauderte mit den Mitarbeiter*innen und kannte ihre Ängste und Sorgen. Die persönliche Ebene ist schon vor der Pandemie verloren gegangen, aufgrund von Umstrukturierungen und neuen Führungskräften. Gerade jetzt schätzen es die Kolleg*innen, dass wir als Betriebsrat da sind, zuhören und mit ihnen reden. Die Geschäftsführung würgt vieles ab, das ist eine Zermürbungstaktik. Der Frust bei den Beschäftigten ist hoch, die Krankenstände steigen. Als Betriebsrat gehen wir durch die Hallen und Büros und reden von Mensch zu Mensch.

Es gibt eigentlich nichts, womit die Kolleg*innen nicht zu uns kommen: von Fragen zum Lohnzettel bis zu Problemen mit den



*Bei Pfeiffer Logistik in Traun arbeiten 230 Beschäftigte seit der Pandemie auf Hochtouren. Reisebeschränkungen und Hamstereinkäufe erschweren die Arbeit. Wo die Geschäftsführung ihre Mitarbeiter*innen im Stich lässt, muss der Betriebsrat einspringen. Die Betriebsratsvorsitzende **Heidemarie Schreiberhuber** und ihr Team kostet das viel Kraft.*

Führungskräften. Viele kommen auch mit privaten Angelegenheiten zu uns. Was ihnen derzeit besonders fehlt, sind gemeinsame Ausflüge und Zusammenkünfte. Wir können keine Jubilareiern machen oder bei einer Grillerei nach Dienstschluss gemütlich plaudern.

Kraft tanken statt aufgeben

Dass wir immer wieder unsere Rechte bei der Geschäftsführung einfordern müssen, kostet sehr viel Kraft. Betriebsratsarbeit kann aber auch Spaß machen. Wenn mich die Kolleg*innen sehen, lächeln sie. Die Fahrer winken von der Straße zu. Ich würde die Arbeit jederzeit wieder machen, denn als Betriebsrat können wir gestalten. Das Wichtigste ist: Niemals aufgeben und die Betriebsratsarbeit hinschmeißen. Genau das dürfen wir nicht machen! Besser ist es, immer wieder Kraft zu tanken. Der Austausch mit Betriebsrät*innen aus anderen Unternehmen ist dafür ganz wichtig. ▶

Die Flamme der Begeisterung

*Für die Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter war die Arbeitnehmer*innen-Interessenvertretung nicht nur ein theoretisches Betätigungsfeld – sondern auch ein praktisches: als mitreißende Betriebsrätin.*

TEXT BRIGITTE PELLAR



Auf Käthe Leichters AK-Ausweis steht „Niederösterreichische Kammer ...“, weil er gedruckt wurde, bevor Wien ein eigenes Bundesland war. Die AK in Wien blieb dann bis 1948 für beide Bundesländer zuständig.

© IHSF-Archiv/AK Wien

Im Jahr 1933 probten die Frauen im Wiener Arbeiterkammerbüro den Aufstand. Es standen wieder Betriebsratswahlen an, und die vielen weiblichen Angestellten unter den etwa vierzig Mitarbeiter*innen verlangten endlich eine Vertretung im Betriebsratsteam. Im Expert*innenstab des AK-Büros gab es damals nur zwei Frauen, beide Staatswissenschaftlerinnen: Wanda Lanzer als Mitarbeiterin der Bibliothek und als einzige leitende Angestellte die Frauenreferentin Käthe Leichter. Alle anderen zählten dienstrechtlich zu den „unteren Kategorien der Angestellten“. Trotzdem wollten sie von der „Frau Doktor Leichter“ vertreten werden, denn sie hatte sich durch ihr solidarisches Verhalten großen Respekt und großes Vertrauen erworben. Die meisten Männer zeigten sich gegenüber dieser Forderung vorerst wenig einsichtig (da unterschieden sie sich nicht viel von konservativeren Geschlechtsgegnossen), erst als die Kolleginnen den Boykott der Wahlen androhten, gaben sie nach. Käthe Leichter konnte ihr Mandat allerdings nicht einmal ein Jahr ausüben, denn schon Anfang

1934 wurde die Arbeiterkammer durch das austrofaschistische Regime gleichgeschaltet, sie und alle anderen in der Sozialdemokratie politisch engagierten Angestellten wurden fristlos entlassen. Auch in der privaten und öffentlichen Wirtschaft verloren Betriebsrät*innen, die für die Freien Gewerkschaften kandidiert hatten, ihre Funktion. Demokratie und unabhängige Interessenvertretung waren für elf Jahre nicht mehr gefragt.

Die Anforderungen der Betriebsratsarbeit waren Käthe Leichter schon vor ihrer eigenen Kandidatur keineswegs fremd. Sie unterstützte die noch kleine Schar an weiblichen Betriebsratsmitgliedern, seit sie 1925 als Frauenreferentin in das AK-Büro gekommen war, mit der Vermittlung von Wissen und Information – und vor allem, indem sie ihnen Mut machte und ihnen den Rücken stärkte. Sie wurde dabei auch nicht müde, mit Leidenschaft auf die Unverzichtbarkeit von Gewerkschaftsengagement für die betriebliche Interessenvertretung hinzuweisen.

Die „Frau Doktor“

Die junge Metallarbeiterin Rudolfine Muhr berichtete über eine solche prägende Begegnung nach anfänglichen Vorbehalten: „Was weiß die Frau Doktor um die Sorgen einer Metallarbeiterin? ... Und dann kam die große Überraschung. Ja, Käthe Leichter wusste um unser Leben ... Diese ‚Frau Doktor‘ hatte es nur zu gut verstanden, in uns alles aufzuwühlen ... Sie hatte den Arbeiterinnen erklärt, dass nur durch die Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzung für eine Besserstellung der arbeitenden Frauen zu erreichen sei. Sie stellte an die Betriebsrätinnen die Frage, ob diese bereit wären, die Frauen gewerkschaftlich zu erfassen. ... Und ob wir wollten. Die Flamme der Begeisterung für diese Aufgabe schlug hoch.“

Die Frage, wie Betriebsdemokratie in einer kapitalistischen Marktwirtschaft gestaltet und durchgesetzt werden kann, begleitete Käthe Leichter, seit sie 1919 in der „Staatskommission für Sozialisierung“ an der Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes mitgearbeitet hatte. Die „Sozialisierungskommission“ sollte in der Zeit der Republikgründung nach dem Ersten Weltkrieg Modelle für die Führung von Unternehmen in öffentlichem Eigentum unter Beteiligung aller Betroffenen ausarbeiten, besonders auch der Konsument*innen und der Arbeitnehmer*innen. Die erste Voraussetzung dafür war das Recht auf Interessenvertretung und Mitbestimmung bei wichtigen Managemententscheidungen. Das Experiment wurde unter den rechts-konservativen Regierungskoalitionen ab 1920 gestoppt, aber das Betriebsrätegesetz konnte unter demokratischen Bedingungen nicht mehr zurückgenommen werden.

Die Wächter

Allerdings konnten die als Voraussetzung für wirtschaftliche Mitbestimmung eingeführten Betriebsratsrechte, etwa das Recht auf Bilanzsicht, unter den tatsächlichen Machtverhältnissen kaum durchgesetzt werden. Käthe Leichter sah schon früh voraus, dass in Privatunternehmen „einer wirklichen Mitverwaltung durch die Betriebsräte sehr bald enge Grenzen gezogen sein werden“. Sie warnte vor Illusionen, denn man musste „von vornherein darauf gefasst sein, dass die Betriebsdemokratie im kapitalistischen Betrieb nur in sehr beschränktem Maß verwirklichtbar“ war. Für umso wichtiger hielt sie es, die gewerkschaftlichen Funktionen der Betriebsräte zu stärken – als Wächter über das Einhalten von Kollektivverträgen bis zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. ▸

In Zukunft mit Betriebsrat



WILLI MERNYI
LEITENDER SEKRETÄR DES ÖGB

Nach über einem Jahr Coronavirus-Pandemie höre ich immer öfter: Mir reicht's! Viele meinen damit aber nicht nur das Virus und die damit verbundenen Einschränkungen. Nein! Vielen hat diese Krise auch deutlich gezeigt, dass es anders und besser werden muss: Besser in der Arbeit, besser bei der Entlohnung, besser zwischen Frauen und Männern, besser zwischen Jung und Alt, besser für unsere Gesellschaft! Denn viele wollen raus aus ihrem Hamsterrad, viele wollen nicht mehr nur raunzen und jammern, immer mehr wollen ihren (Arbeits-)Alltag mitbestimmen. Für sich selbst, aber auch für ihre Kolleginnen und Kollegen.

Stärken wir die Mitbestimmung

Diesen vielen Menschen wollen wir jetzt gemeinsam mit unseren erfahrenen Belegschaftsvertreter*innen Mut machen, damit sie selbst einen Betriebsrat gründen. Unter dem Motto „Sei du die starke Stimme“ haben wir unsere neue Betriebsratskampagne auf mir-reichts.at gestartet. Denn gerade jetzt mitten in der schwersten Krise seit Jahrzehnten ist die beste Zeit, um unsere gewerkschaftliche Mitbestimmung zu stärken. Warum? Die Arbeitswelt wird in vielen Branchen nach der Krise eine andere sein als vorher – denken wir zum Beispiel nur an das Homeoffice oder das flexible Arbeiten auf Abruf. Denken wir aber auch an den Klimawandel und vorausschauend an die Auswirkungen auf Wirtschaft und Industrie.

Die Krise hat vielen Menschen auch vor Augen geführt, dass das Klatschen für Arbeitnehmer*innen zu wenig ist. Denn die Millionär*innen wurden auch während der Krise immer reicher. Viele erkennen jetzt auch, dass Arbeitnehmer*innen in Unternehmen mit Betriebsrat besser durch diese Krise gekommen sind als andere, zum Beispiel mit Vereinbarungen über Kurzarbeit oder zusätzlichen Corona-Prämien.

Daher stärken wir jetzt gemeinsam all jene Menschen, die mitbestimmen und einen Betriebsrat neu gründen wollen. Auf mir-reichts.at stehen alle Möglichkeiten beschrieben, wie unsere Betriebsratskampagne unterstützt werden kann. Gemeinsam schaffen wir eine gerechtere Arbeitswelt! ▶

OGB VERLAG | SHOP
Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

NEU



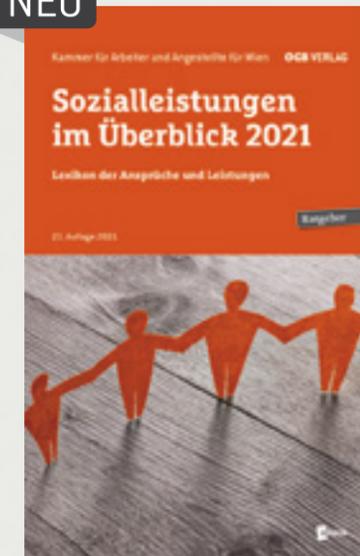
Arbeitsrecht+

Normensammlung mit Leitsätzen für die betriebliche Praxis

Univ.-Prof. i. R. Dr. Gustav Wachter, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck
Gesetze und Kommentare
23. Auflage / 2021 / 1.302 Seiten / EUR 59,00
ISBN 978-3-99046-512-7
Buch + e-Book + Online

- > Das Buch enthält eine sorgfältige Edition jener Gesetze, die in der betrieblichen Praxis und arbeitsrechtlichen Beratung am häufigsten benötigt werden.
- > Neu! Erweitertes E-Book mit Kurzbesprechungen zu 170 wichtigen Entscheidungen sowie Online-Datenbank mit über 500 tagesaktuellen Normen.
- > Mit Leitsätzen, Querverweisen vom Gesetzestext auf Entscheidungen, unterjährig in Kraft tretenden Novellen und umfangreichen Indizes.

NEU



Sozialleistungen im Überblick 2021

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.)
Ratgeber
23. Auflage / 2021 / 484 Seiten / EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-506-6
Buch + e-Book

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistungen bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Buch zeichnet sich durch eine klare Gliederung und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an den typischen Lebenssituationen, in denen Sozialleistungen regelmäßig in Anspruch genommen werden.

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien
shop@oegbverlag.at
Telefon 01/405 49 98-132
Fax 01/405 49 98-136

Ab 30 Euro
Bestellwert
versand-
kostenfrei



